

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 41

Berlin, den 12. Oktober 1929

4. Jahrgang

## Arbeitslosenversicherungs-Gesetz vom Reichstag verabschiedet.

Der Reichstag hat in namentlicher Abstimmung die Arbeitslosenversicherungsreform mit 238 gegen 155 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten, Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei bei 40 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei angenommen.

Das Schicksal der deutschen Sozialpolitik wurde mit dieser Abstimmung entschieden, möchte man fast sagen. Der monatelange mit größter Erbitterung geführte Kampf der Sozialreaktion ging wahrlich nicht nur um die Erniedrigung der Arbeitslosenunterstützungssätze und um die Ausmerzung von Mängeln, sondern um die vollständige Vereitelung sozialpolitischer Positionen, um die Verdrängung der Organisationsmacht der Arbeiterklasse aus sozialpolitischen Stellungen und vor allem um die Schaffung einer hungernen und um Brot und Arbeit stehenden Reservarmee. Das darf nicht vergessen werden. Mit Kleinigkeiten gibt sich die Sozialreaktion nie ab, deshalb bereitete sie in langwierigen Kämpfen den Schlag gegen die Sozialpolitik vor, der nun diesen Ausgang nahm. In keinem Punkte war den Dunkelmännern ein Erfolg beschieden. Darin liegt die Bedeutung des mitgeteilten Entscheides und der Erfolg, den die organisierte Arbeiterklasse bei diesen Kämpfen um die Sozialpolitik davon trug. In keine Hauptstellung konnten die Gegner der Arbeiterklasse Breishe schlagen. Das darf nicht übersehen werden.

Im Ringen um den Abbau und um die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung kamen die Sozialreaktionäre auch nicht auf ihre Kosten. Sie erreichten wohl diese und jene Verringerung, aber im großen Ganzen blieb es so, wie es die Mehrheit des Reichstages für notwendig hielt. Soweit sich im Augenblick beim Schreiben dieser Zeilen übersehen läßt, ist, wie S. N. Häuser im „Vorwärts“ schreibt, die allgemeine Verlängerung der Wartzeit für alle Ledigen auf zwei Wochen abgemehrt. Die Anrechnung der Versorgungsgebühren der Kriegsbeschädigten auf die Arbeitslosenunterstützung ist verhindert worden.

Der Angriff auf die Sozialrentner, ihre Rentenbezüge voll zur Anrechnung zu bringen, ist soweit zurückgeschlagen, daß eine Freigrenze von 30 RM monatlich in das Gesetz aufgenommen werden konnte.

Vor allem aber ist von den wichtigsten gegnerischen Anträgen auf Kürzung der Regelunterstützungssätze für Arbeitslose mit weniger als 52 Wochen in dem neuen Gesetz nichts übrig geblieben. Die alten Regelsätze der Arbeitslosenunterstützung bleiben unverändert, ohne Rücksicht darauf, ob der Erwerbslose 52 Arbeitswochen zurückgelegt hat oder nicht.

Für die Saisonberufe ist eine Neuregelung der Unterstützungsätze nicht zu umgehen gewesen. Es ist erreicht worden, daß die bisherige Bedürftigkeitsprüfung auch für die Saisonarbeiter wieder völlig aufgehoben und damit ihr Rechtsanspruch hergestellt wird. Bei der Neuregelung der Unterstützungsätze für Saisonarbeiter tritt in den unteren sechs Lohnklassen überhaupt keine Veränderung ein und in den darüberliegenden

den Lohnklassen kommen die Unterstützungssätze der Krisenfürsorge zur Auszahlung.

Zu dieser Regelung meint N. Häuser: Die unterschiedliche Regelung für das Saisongewerbe und die übrigen Berufe bewegt sich also in Grenzen, die einen billigen Ausgleich gegenüber den übrigen Versicherten darstellen. Wären die Vorschläge der bürgerlichen Parteien nicht verhindert worden, dann würde an die Stelle dieser Sonderregelung für das Saisongewerbe eine allgemeine Kürzung je nach der Unarbeitszeit getreten sein. Da die Mehrzahl der Saisonarbeiter zwangsweise alljährlich mit einer regelmäßigen Arbeitslosigkeit rechnen muß, ihnen also immer wieder die 52 Arbeitswochen fehlen, so hätten die Bauarbeiter, Ziegler usw. ohne die jetzt getroffene Sonderregelung 40 bis 50 Proz. der vollen Unterstützungssätze verloren. Die neuen Bestimmungen für das Saisongewerbe sind bis zum März 1931 befristet.

Die sofortige Erhöhung der Beiträge wurde hinausgeschoben, sie wird mit der kommenden Finanzreform erledigt werden. Aus den Darlegungen des Kollegen N. Häuser zu den beschlossenen Änderungen der Arbeitslosenversicherung ist zu erkennen, daß der Kampf nicht leicht war und daß auch geringe Verschlechterungen nicht vermeidbar waren, aber die grundlegenden Bestimmungen sind geblieben. Das ist das Wesentliche.

Wir können als Arbeiter sicher sein, daß der Kampf der Sozialreaktion mit der gefällten Entscheidung noch nicht beendet ist. Sie wird alles daran setzen, bei der noch notwendigen Beitragsregelung einen Teil ihrer Pläne zur Durchführung zu bringen. Hierin darf der Widerstand der organisierten Arbeiterklasse nicht nachlassen.

Bei all den Auseinandersetzungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung darf jedoch auch nicht vergessen werden, daß die Haltung der Vertreter der organisierten Arbeiterklasse sein kann: wir lehnen alles ab. Das würde zur Wirkung haben, daß die bürgerlichen Parteien die Reform im Sinne der Sozialreaktion vorgenommen hätten, demgegenüber über die Arbeiterklasse nur Protest hätte erheben können. Protest ist jedoch nicht entscheidend, er lindert auch bestehende Notzustände nicht. Entscheidend ist Macht an den Bestimmungsgestellen. Die muß die gesamte arbeitende Bevölkerung erst in höchstem Maße schaffen, d. h. organisieren. Solange sie das unterläßt und ihre organisatorische Kraft in verschiedenen Parteien von links bis ganz rechts verzettelt, kann sie nicht damit rechnen, daß all ihre Wünsche, darunter auch die in der Arbeitslosenversicherung, durchgesetzt werden. Diese realen Tatsachen dürfen nicht übersehen werden.

Der Kapitalismus und seine Vertreter sind sich doch auch wenig im wirtschaftlichen Kampf gegen die Arbeiterklasse, da mühte diese erst recht zusammenhalten und geschlossen sich zur Wehr setzen, wenn es gilt, die Opfer der Nationalisierung und der Betriebskonzentration zu schützen. Leider ist das nicht der Fall. Die Entscheidung über die Arbeitslosenversicherung wäre sonst anders ausgefallen.

## Die Frauen in den Gewerkschaften.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß es sehr schwer ist, die erwerbstätigen Frauen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Nichterne Erwägungen, daß die Berufsarbeit nur vorübergehend ist, halten sie davon ab, den Schritt zur Organisation zu tun. Sie übersehen, daß diese Kurzsichtigkeit ihnen selbst am meisten schadet. Alle Erleichterungen, die ihnen in ihrer Berufsarbeit gewährt werden, sind durch die Organisation erreicht worden, und je fester die Organisation besteht, je reicher die Berufsangehörigen in ihr zusammengeschlossen sind, desto mehr wird erzielt. Immerhin kann nicht übersehen werden, daß seit dem Bestehen der Gewerkschaften der Zustrom der weiblichen Erwerbstätigen außerordentlich stark ist. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß in diesen Jahrzehnten viele Frauen in das Erwerbsleben eingetreten sind, die weibliche Berufsarmee sich stark vergrößert hat, zum Teil auf die wachsende Erkenntnis, daß die Gewerkschaften eine wichtige Mission zu erfüllen haben. Die geistige Schulung hat große Fortschritte gemacht. Auch hat die im Erwerbsleben stehende Frau in der Nachkriegszeit zweifellos bedeutende Erfahrungen gesammelt, und ist heute davon überzeugt, daß es ohne gewerkschaftliche Organisation nicht geht. Weder kann die Angestellte, die Beamtin, noch die Arbeiterin darauf verzichten.

Als die Gewerkschaften im vorigen Jahrhundert gegründet wurden, sind die Frauen gerne darin aufgenommen worden. Schwierigkeiten wurden ihnen nicht gemacht. Man muß wissen, daß es in Deutschland bis zum Jahre 1908 den Frauen verboten war, sich politisch zu organisieren. Vorher waren die Frauen den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt. Sie durften zwar Bildungsvereine gründen und sich in diesen über ihre häuslichen Angelegenheiten unterhalten, nicht aber Politik treiben. Gedacht es trotzdem und es kam heraus, verfielen die Vereine der Auflösung. Ebenso war es den Frauen verboten, politische Versammlungen zu besuchen oder Versammlungen abzuhalten, in denen über politische Fragen gesprochen wurde. Die Gewerkschaftsversammlungen wurden mit Argusaugen überwacht, und Spitzel waren überall. Das Gesetz aber gestattete den Frauen, sich einer Berufsvereinigung zum Zwecke der Wahrnehmung

ihrer wirtschaftlichen Interessen anzuschließen. Von diesem Rechte haben denn auch die Frauen in reichlichem Maße Gebrauch gemacht. Im Jahre 1892 waren in den freien Gewerkschaften 4350 Frauen organisiert, im Jahre 1900 waren es bereits 23.000, und im Jahre 1908, als das politische Verbot fiel, wurden in den Gewerkschaften 139.000 weibliche Mitglieder gezählt. Bis zum Ausbruch des Krieges stieg dann die weibliche Mitgliederzahl auf 230.000. Wie man sieht, war der Aufstieg außerordentlich günstig.

Solange die Frau dem Erwerbsleben fernbleibt, liegt für sie ein Grund nicht vor, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Das ändert sich aber, wenn sie in einen gewerblichen Beruf eintritt. Dann entscheidet nicht nur das Berufs-, sondern auch das Klasseninteresse. Die Frau sieht sich gewissermaßen gezwungen, sich auf die Seite der Männer zu stellen, mit denen sie gemeinsam arbeitet. Von vielen Frauen wird zwar auch heute diese Notwendigkeit noch nicht eingesehen. Sie glauben, daß es auf sie nicht ankommt. Nach ihrer Meinung genügt es, wenn der Mann der gewerkschaftlichen Organisation angehört. Sie werden sich bald verheiraten, und dann habe die Organisation ja doch keinen Zweck mehr für sie. Und im übrigen stoßen sie sich an der Höhe der Beiträge. Für ein paar Monatsbeiträge können sie sich schon ein Paar seidene Strümpfe oder etwas ähnliches kaufen. Sie übersehen, daß sie ohne die Gewerkschaften niemals soweit gekommen wären, soviel zu verdienen, daß sie außer Wohnung und Essen auch noch für ein gewisses Luxusbedürfnis etwas übrig haben. Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei sind die Gewerkschaften dafür eingetreten, daß die Frauen die Gleichberechtigung im öffentlichen Leben genießen, die den Männern zusteht. Auch das ist ein harter Kampf gewesen, denn die Reaktionen aller Schattierungen möchten auch heute noch die Frau zur Rechtslosigkeit verdammen. Man denke nur daran, wie Beamtinnen verurteilt werden, die unverheiratet sind, oder auf das Recht auf Liebe nicht verzichten wollen. Auch hier haben die Gewerkschaften einen schweren Stand. Es ist schwer, alle Vorurteile, die Frauen sind selbst davon noch stark erfüllt, hinwegzuräumen.

Nun läßt sich nicht bestreiten, daß die Frauen von dem Wert der Organisation überzeugt sind. Sie sind nur der Meinung, daß sie für sie keinen Zweck habe. Sie seien nicht lange im Beruf, und dann sei ja doch alles vorbei. Man sieht, wie falsch man urteilt. Es kommt auf jeden an, und jeder trägt zur Verbesserung seiner Lebenslage bei, der die Notwendigkeit anerkennt. Auch wer nur vorübergehend im Erwerbsleben steht, kommt nicht umhin, seiner Berufsorganisation beizutreten. Er stärkt sie dadurch, und stark muß eine Organisation sein, wenn sie etwas erreichen will. Eine Organisation kann dann den größten Druck ausüben, wenn sie darauf hinwirken kann, daß alle Berufsangehörigen in ihr zusammengeschlossen sind. Dann kann sie viel eher Forderungen und Wünsche ihrer Berufsrichtung durchsetzen. Das müssen sich auch die Frauen sagen. Gerade sie sollten ein Interesse daran haben, daß die alten Amtsstuben mit neuem Geiste erfüllt werden. Unter den veralteten und überholten Anschauungen haben die Frauen am meisten zu leiden. Jede Veränderung im Sinne der Forderungen, die die Gewerkschaften stellen, kommt den arbeitenden Frauen zugute.

Die Statistik zeigt uns, daß in den ersten Jahren nach Beendigung des Krieges die Frauen in großen Massen den Gewerkschaften beitraten. Im Jahre 1920 wurden in den freien Gewerkschaften 1.710.000 weibliche Mitglieder gezählt. Das war die Höchstzahl, die bisher erreicht wurde. In den folgenden Jahren nahm die Zahl wieder ab; 1927 waren noch 651.000 organisiert. In letzter Zeit macht sich ein erfreulicher Aufstieg bemerkbar. Dies ist deshalb um so höher zu bewerten, weil damit gerechnet werden kann, daß es sich hier um einen festen Bestand handelt, der den Gewerkschaften erhalten bleibt. Die schnelle Aufwärtsentwicklung in den Inflationsjahren war ungesund, denn es war voranzufahren, daß der größte Teil wieder verloren geht. Es waren keine von der Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften überzeugte Mitglieder, und wer sich nur organisiert, weil es Mode ist, springt bald wieder ab. Das Feuer, das aufgeflammt ist, ist bald wieder erloschen.

Die Zahl der organisierten Frauen steht aber in keinem Verhältnis zu der Zahl der im Erwerbsleben stehenden Frauen. Nach der letzten Zählung übten 11,5 Millionen Frauen eine Erwerbsarbeit aus. Davon ist natürlich ein großer Teil in der Heimindustrie beschäftigt, die schwer zum Beitritt ihrer Berufsorganisation zu bewegen sind. Weiter ist ein beträchtlicher Teil in kaufmännischen Betrieben tätig, und auch bei den Behörden werden viele Frauen beschäftigt. Diese schließen sich viel schwerer einer Organisation an als die Arbeiterinnen, die in den Fabriken einer Tätigkeit nachgehen. Die Arbeiterin lernt den Wert der Organisation eher schätzen, sie hat täglich Kämpfe mit dem Unternehmer auszufechten, wobei ihr bald zum Bewußtsein kommt, daß sie allein nicht erreicht. Auch ist hier das Organisationsverhältnis unter den Männern besser, und das gute Beispiel bleibt nicht ohne Nachahmung.

## Zwei französische Gewerkschaftskongresse.

Paris, Anfang Oktober 1929.

Zwei große Gewerkschaftskongresse wurden soeben in Paris abgehalten, die den Aufstieg und die absteigende Linie zweier grundverschiedener Bewegungen zeigen. Ende September tagte der 26. Kongress der Freien Gewerkschaften, und gleichzeitig hielten die kommunistischen Gewerkschaftler ihren Kongress ab.

Die französische Gewerkschaftsbewegung geht ja auf anarchistischen Ursprung zurück. Noch zu Anfang des Jahrhunderts herrschte in den seit 1892 in allen größeren Industriestädten entstandenen Gewerkschaften ein so anarchistischer Geist, daß Sozialisten, die etwa wagten, ein Gewerkschaftshaus oder eine „Arbeiterbörse“ auch nur zu betreten, mit Steinen herausgehauen wurden. Die ersten Sozialisten in den Gewerkschaften wurden später anderthalb Jahre lang auf Schritt und Tritt beobachtet. Dieses vollkommene Nebenher von Sozialismus und Gewerkschaftsbewegung änderte sich bereits vor dem Kriege. Im Jahre 1914 zählte man zwei Millionen Gewerkschaftler in Frankreich. Welch herrliche Gewerkschaftsbewegung wäre da nach dem Kriege möglich gewesen, wenn Moskau es gestattet hätte! Aber seit sich zu Weihnachten 1920 die Kommunisten von der Sozialistischen Partei trennten, liegen die Kommunisten auch in den Gewerkschaften keine Ruhe mehr. 1922, auf dem Gewerkschaftskongress von Lille, war die Trennung unter Revolverhülsen vollzogen, und die Kommunisten berieten gleich einen eigenen Kongress nach St. Etienne ein. Damals zählten sowohl die Freien Gewerkschaften wie die kommunistischen je etwa 500.000 Mitglieder. Seitdem haben sich die Zeiten gewandelt. Die Massen sind aufgewacht und haben die kommunistischen Gewerkschaften zum Teil verlassen. Die 500.000 vom Jahre 1922 sind auf knapp 300.000 Kommunisten zusammengedrumpft, während die freien Gewerkschaften heute 800.000 Mitglieder zählen. Der Tätigkeitsbericht des Gewerkschaftsstandes, den Leon Jouhaux dem Kongress unterbreitete, wurde mit 4758 Stimmen (von 2037 Gewerkschaftsverbänden) gegen 55 Stimmen (von 21 Verbänden) bei 36 Stimmenthaltungen (von 7 Verbänden) angenommen. Das bedeutet eine noch größere Majorität als 1927 bei dem vorangegangenen Pariser Gewerkschaftskongress, wo der Tätigkeitsbericht mit den Stimmen von 1870 Verbänden gegen 57 bei 26 Stimmenthaltungen angenommen worden war. Die Freien Gewerkschaften haben jetzt auf ihrem Kongress ein Programm ausgearbeitet, das vor allem die Einführung der Sozialversicherung in Frankreich fordert, ohne daß den Landarbeitern die Vorteile der Sozialversicherung vorenthalten werden, daß ferner mindestens zwölf bezahlte Ferientage pro Jahr, die stärkere Finanzspruchnahme des französischen Wirtschaftsraats, Tarifverträge, ein betriebliches Gesetz über Arbeitsunfälle sowie eine Arbeitslosenversicherung verlangt.

Hätte man auf der einen Seite das Bild eines wohl-organisierten und glänzend arbeitenden Gewerkschaftskongresses, so zeigte andererseits die Versammlung der Kommunisten ein Jammer- und Zerbild von Gewerkschaftsbewegung. Vor zwei Jahren, bei dem letzten kommunistischen Gewerkschaftskongress in Bordeaux, wurden noch die Pressevertreter zugelassen. Diesmal durfte kein Journalist kommen. Man fürchtete die Deffektivität. Denn die kommunistischen Gewerkschaften sind in voller Auflösung. Seit Bordeaux haben 500 Gewerkschaftsverbände die kommunistischen Gewerkschaften verlassen. Die Kommunisten-zeitung „Humanité“, das einzige Blatt, aus dem man überhaupt etwas über den kommunistischen Gewerkschaftskongress erzählt, muß es selbst zugeben. Der Rest von etwa 1000 Verbänden reißt sich in gegenseitiger Beschimpfung auf. Viele wollen zum Vorkriegsanarchismus zurück und bekämpfen den Einfluß der kommunistischen Partei in den kommunistischen Gewerkschaften. Besonders die Hafnarbeiter von Dunkerque, die Glas- und Metallarbeiter, die Bäcker sowie die Arbeiter der Pariser städtischen Verkehrsmittel treten unter Führung des aus der kommunistischen Partei seit sechs Jahren ausgeschlossenen Molante, der früher „Das Auge von Moskau“ hieß und der „La Révolution prolétarienne“ herausgibt und unter Führung von Chambelland energisch gegen die kommunistische Partei auf, besonders in dem sie ihr das Mithlingen ihres großen Staatsstreiches vom 1. August vorwerfen. Der Hafnarbeiter Engler sprach von der „Unverschämtheit, mit der Molante eine Diktatur über die französischen Arbeiter“ ausüben will; Verlot sagte, daß „die kommunistische Partei die Gewerkschaftsdemokratie zu erdroffen sucht“, und schließlich stimmten 150 Gewerkschaftsverbände gegen die Leitung der kommunistischen Gewerkschaften. Diese werden nun in der „Humanité“ genau so als „Bourgeois“, als „Reformisten“, als „Patrioten“ und als „Verräter“ in lächerlicher Weise angegriffen wie die Freien Gewerkschaften. War wirklich die Trennung in Sille nötig, um die Gewerkschaftsbewegung auf dieses Niveau zu führen? Die Gewerkschaften der Erdarbeiter und der Elektrizitätswerke sind bereits nach ihrem Austritt aus dem kommunistischen Gewerkschaftsverband im vorigen Jahr wieder zu den Freien Gewerkschaften zurückgekehrt. Andere Verbände werden folgen.

Kurt Lenz.

### Gustav Stresemann †.

Der Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann ist am 3. Oktober einem Schlaganfall erlegen. Mit ihm schied ein Mann, der in der deutschen Politik im letzten Jahrzehnt eine wichtige und in den letzten Jahren wohl die wichtigste Rolle spielte. Sein politisches Wirken hatte Erfolg. Darin liegt die große Tat dieser Persönlichkeit, die im Inlande wie im Auslande Anerkennung fand.

Stresemann war es, der 1923 die Euro-Politik, die die Ruhrbesetzung zur Folge hatte, liquidierte, der mit wachsendem Erfolg die Verständigung mit Frankreich herbeiführte, die nun in der Beendigung der Rheinlandbesetzung ihren sichtbarsten Ausdruck findet.

Stresemann gehörte zu denen, die lernen konnten, daß mit veralteten Ideen Deutschland nicht vorwärts zu bringen ist, die einsahen, daß die deutsche Wirtschaft friedlich mit der europäischen zusammenarbeiten muß, wenn sie wieder zur vollen Entfaltung kommen soll. Stresemann konnte als Deutscher und als Europäer denken, er verschloß sich nicht den entwicklungsbedingten Notwendigkeiten. Selbst seine Gegner müssen das anerkennen.

Die Deutsche Volkspartei verlor mit Stresemann ihren Führer, der sie vor mangelnder Unbesonnenheit, schließlich auch vor der Spaltung bewahrt hat, dem es auch gelang, diese Partei zur Mitwirkung an der deutschen Innenpolitik zu veranlassen.

Stresemann wurde am 10. Mai 1878 als Kleinbürgersohn in Berlin geboren, besuchte die Schulen und bekam als Syndikus des jüdischen Industriellenverbandes Stellung. Als 29-Jähriger wird er 1907 in den Reichstag gewählt, gewinnt Ansehen und bekommt später die Führung seiner Partei. Minister des Auswärtigen war er vom 13. August 1923 bis zu seinem Tode. Vor und im Kriege war er strammer Nationalist und Imperialist, Vertreter der Kapitalisten, dann wird er Friedensvermittler, und auf der letzten Völkerversammlung bekannte er sich als Europäer. Als solcher konnte er nicht mehr wirken.

Jetzt muß ein anderer Mann seine begonnene Arbeit fortsetzen. Hoffentlich hat er eine ebenso geschickte Hand im Vollbringen großer Taten, die im Interesse Deutschlands, Europas und der Menschheit notwendig sind.

### Durchgehende Arbeitswoche in Rußland.

Je mehr der technisch-maschinelle Apparat anwächst, dessen sich der Mensch bei der Produktion bedient, um so mehr muß es als kostspielige Vergewendung erscheinen, daß die notwendige Arbeitsruhe des Menschen zugleich eine so sich wandelnde Arbeitsruhe der Maschinen bedeutet. Diese Verknüpfung zwischen Arbeitsruhe des Menschen und dadurch bewirkter Nichtausnutzung der Maschinerie zu lösen, muß selbstverständlich in einem Land besonders verlockend sein, wo die Steigerung der Produktion in erster Linie durch Mangel an Maschinen und technischer Ausrüstung der Betriebe gehindert wird. Hier ist die optimale (möglichste) Ausnutzung der vorhandenen Maschinerie von ganz anderer Wichtigkeit als in den Ländern, wo so wie so der technische Produktionsapparat nur zu 60 bis 70 Proz. ausgenutzt wird. Deshalb sind es nicht die westeuropäischen Länder mit ihrer durch Kartellverträge künstlich unterbundenen Produktionsfähigkeit, sondern Rußland mit seiner Holzindustrie, die grundsätzlich jede Wirtschaftsentwicklung durchführen kann man mit einem Reformplan, durch den die durchgehende Arbeitswoche für die Maschinen verwirklicht werden soll, in den Vordergrund tritt. Der Grundgedanke dieses Planes besteht darin, daß die Maschinerie nicht mehr wie bisher 2 1/2 bis 3 Tage im Jahr, sondern volle 30 Tage ausgenutzt wird. Jeder Arbeiter aber sollte dabei wie bisher nur 30 Tage im Jahr arbeiten. Dazu brauche einfach die gesamte Arbeitszeit um ein Häufchen vermehrt werden, während zugleich — und hier liegt die entscheidende Neuerung — die einzelnen Arbeiter verschiedene Rubriken haben. Nicht mehr wird der Sonntag der gemeinsamen Rubrik sein, sondern an jedem Tag der Woche ein Teil der Arbeiter frei sein. Gemeinnützige Feiertage der gesamten Arbeiterschaft sollen künftig nur noch fünf Arbeitstagen sein, nämlich der 1. und 2. Mai, der 7. und 9. November und der 22. Januar. Wenn auch der Kalender einwärtig unverändert bleibt, so soll doch die bisherige Sieben-tage-woche durch die Freitag-woche (vier Arbeitstage und einen Ruhetag) abgelöst werden. Welche Vorteile vertritt man sich nun als dieser Neuerung? Darin selbst, der Arbeiter der neuen Woche hätte folgende Vorteile: 1. Steigerung der Substanzproduktion um durchschnittlich 20 Proz. ohne irgendeine Einschränkung der Arbeitszeiten für Gebäude, Maschinen, Werkzeuge usw. 2. Erhöhung der Arbeitsleistung, da ein Teil der Arbeiter während der Arbeitszeit von zu Hause aus arbeiten kann. 3. Erhöhung der Erzeugnisse, da mit dem gleichen Material, demselben Grund und Boden, eine um 20 Proz. größere Arbeitsleistung hergestellt werden kann.

## Während einer Aussperrung

### läuft die Frist des § 1 Abs. 2 StiltW. für Entlassungen nicht.

Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 4. Mai 1929 — RMG. 584/1928 —

Aus dem Tatbestand:

Der Kläger N. und die Klägerin W. waren Arbeiter im Betrieb der Beklagten und Mitglieder des Arbeiterrats. Am 18. Mai 1928 hat die Beklagte die zwei Kläger ohne Zustimmung der Betriebsvertretung entlassen. Die Kläger hatten die Kündigung für unwirksam und haben mit der Klage ihren Lohn für die drei Wochen vom 19. Mai bis 8. Juni 1928, im Betrage von 168,65 bzw. 10,55 RM, verlangt. Die Beklagte ist dem Klageantrag entgegengetreten. Sie hatte, einem Beschluß ihrer Arbeitgeberorganisation folgend, ihre gesamte Belegschaft vom 18. April 1928 an ausgesperrt; die Aussperrung fand erst auf Grund eines am 10. Mai für verbindlich erklärten Schiedsspruchs ihr Ende, worauf am 14. Mai die Arbeit aufgenommen wurde. Daneben hatte die Beklagte mit Schreiben vom 12. April 1928 der zuständigen Behörde die Anzeige erstattet, daß sie ihren Betrieb teilweise stillzulegen beabsichtige. Am 14. Mai hat sie die beabsichtigte teilweise Stilllegung durchgeführt. Den Klägern hat die Beklagte für die Tage vom 12. bis 18. Mai die tariflichen Ferien angeboten, und am 18. Mai den Lohn für eine Woche sowie die Arbeitspapiere übersandt. Mit Rücksicht auf diesen Sachverhalt glaubt die Beklagte zur Entlassung der Kläger ohne Zustimmung der Betriebsvertretung berechtigt zu sein.

Aus den Entscheidungsgründen:

Die Kläger hatten ihre Entlassung schon im Hinblick auf die Vorschriften der StiltW., betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabteilungen usw., vom 8. November 1920 (StiltW.) für unwirksam. In der Tat sind nach § 2 Abs. 2 daselbst Arbeiterentlassungen während der sogenannten Sperrfrist, § 1 Abs. 2 daselbst, rechtsunwirksam, vorbehaltlich der Entscheidung der Demobilisationsbehörden, welche eingeholt zu haben die Beklagte selbst nicht behauptet. Die Sperrfrist hatte hier mit dem 12. April begonnen. Sie war mit dem 10. Mai abgelaufen. Die Entlassung ist mit dem 18. Mai ausgesprochen. Gleichwohl wollen die Kläger den Ablauf der Frist nicht gelten lassen, weil die Beklagte während des Zeitraums vom 12. April bis 10. Mai ihre gesamte Belegschaft ausgesperrt hatte. Die Kläger vertreten die Ansicht, daß während der Dauer der Aussperrung die Frist des § 1 Abs. 2 StiltW. gehemmt gewesen sei.

Die Vorschriften der StiltW. finden nach § 6b keine Anwendung auf Maßnahmen, die lediglich als Mittel in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verwendet werden. Hat also, wie hier, der Arbeitgeber seine Belegschaft ausgesperrt, so kann er rechtlich ungehindert seinen Betrieb stilllegen und seine Arbeiter entlassen. Dauert, wie dies hier der Fall war, die Aussperrung, die ganze Sperrfrist hindurch an, so ist damit die Sperrfrist vollkommen ausgeschaltet. Dem entspricht das Ergebnis, daß der gegenwärtige Rechtsfall aufweist: genau mit dem Ende der Aussperrung war auch die Sperrfrist, kalendermäßig berechnet, abgelaufen, und die Beklagte konnte ohne weiteres zu Entlassungen schreiten. Dargestellt hat die Beklagte im Ergebnis die StiltW. ausgeschaltet. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend; es ist mit der Bedeutung der StiltW. und ihrer Zwecke unvereinbar. Ein solches Ergebnis würde der Umgehung der StiltW. Tür und Tor öffnen. Dabei ist nicht auszuschlagen, daß hier die Beklagte, wie der Berufungsrichter feststellt, nicht in der Absicht der Gesetzesumgehung die Aussperrung ins Werk gesetzt hat, sondern daß sie dabei nur einem Beschluß ihrer Organisation Folge leistete. Auch darauf kommt es nicht entscheidend an, ob unter den Zwecken der StiltW. der wirtschaftliche (die Verhütung volkswirtschaftlich unerwünschter Betriebsabbrüche) oder der sozialpolitische (Schutz

der einzelnen Arbeitnehmer gegen Entlassung oder Schutz des Arbeitsmarktes gegen Ueberlastung mit freiverbundenen Arbeitskräften) an erster Stelle steht. Sicher ist, daß die StiltW. mit dem Inhalt, wie sie jetzt vorliegt, beide Zwecke verfolgte, und daß auch der zuletzt genannte sozialpolitische Zweck bei ihr mindestens mit maßgebend war. Gerade er wird auf dem von der Beklagten eingeschlagenen Wege vollständig vereitelt. — Das von der Beklagten und dem Berufungsrichter vertretene Ergebnis ist mit dem Zweck der StiltW. so wenig vereinbar, daß es auch nicht angeht, die Abhilfe dem Gesetzgeber zu überlassen; vielmehr liegt es im Rahmen der amtlichen Aufgabe der Gerichte, die in den bestehenden Gesetzen vorhandene Lücke selbst dahin auszufüllen, daß erkannt wird, daß während einer Aussperrung die Sperrfrist, § 1 Abs. 2 StiltW., nicht läuft. Das ist aus § 6b StiltW. abzuleiten, eine Vorschrift, die der Berufungsrichter nicht in den Kreis seiner Erwägungen gezogen hat. Auf sich beruhen kann, ob das hiernach anzunehmende Ruhen der Sperrfrist gerade unter den, der Rechtsordnung sonst geläufigen Begriff der Demmung einer Frist zu bringen ist oder nicht.

Für den vorliegenden Fall ergibt sich daraus, daß die Sperrfrist erst vom 10. Mai ab zu laufen begonnen hat. Die am 18. Mai ausgesprochene Entlassung der beiden Kläger fällt mithin noch in die Frist und ist schon aus diesem Grunde wirkungslos. Es ist daher, ohne daß es eines Eingehens auf das sonstige Parteivorbringen bedarf, die Revision der Beklagten unbegründet, dagegen diejenige der Klägerin W. begründet.

Diese Entscheidung ist gerade in der heutigen, an wirtschaftlichen Depressionen reichen Zeit von äußerster Bedeutung.

Belanglich dürfen während der Sperrfrist (§ 1 Abs. 2 der StiltW.) Entlassungen von Arbeitnehmern nicht vorgenommen werden.

Unter Beachtung dieser die Arbeitnehmer des zur Stilllegung kommenden Betriebes vor plötzlicher Entlassung schützenden Bestimmung sind die Unternehmer auf die Idee gekommen, die Arbeitnehmer einfach auszusperrten und so die Vorschriften der Sperrfrist zu umgehen.

Gemäß § 6 Abs. 1 b der StiltW. finden die Vorschriften des § 1 Abs. 1 Nr. 2 derselben Verordnung (Anzeigepflicht der beschäftigten Stilllegung) nämlich keine Anwendung, wenn der Betrieb bzw. die Betriebsabteilung durch eine Aussperrung stillgelegt wird.

In dem der obigen Entscheidung zugrunde liegenden Streitfall glaube der Arbeitgeber, sich von der Beschäftigung der Arbeitnehmer während der Sperrfrist dadurch befreien zu können, als er die Arbeitnehmer einfach aussperrte.

Dieser Unternehmerwille hat das Reichsarbeitsgericht mit seiner Entscheidung eine Schranke gesetzt.

Der Gesetzgeber hat in Bezug auf das Laufen der Sperrfrist während der Aussperrung nichts Klares zum Ausdruck gebracht.

Hier hat das RMG. — wie in der Entscheidung hervor-gehoben wird — es als seine Aufgabe angesehen, die im Gesetz vorhandene Lücke auszufüllen.

Die bisherige Rechtsprechung des RMG. ist alles andere als die Arbeitnehmerwille zufriedenstellend.

In dem vorliegenden Streitfall wird jedoch ein Standpunkt eingenommen, den das RMG. hoffentlich nicht schon bei Entscheidung eines nächsten Falles verläßt.

Kaspar Willewzel.

Wenn auch gegenwärtig in Rußland in allen Organen nur die Vorteile geschilbert werden, so darf man sich doch den Schwierigkeiten nicht verschließen, denen diese Reform, die nicht nur alle sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die gesamte Lebensform der unteren Klassen verändert, begegnen wird. Die Einführung der ununterbrochenen Produktion bedeutet einen Bruch mit der gewohnten Lebensweise, die Familien werden nicht mehr gemeinsame Ruhetage haben, was besonders schmerzhaft dort empfunden werden muß, wo mehrere Familienmitglieder zur Arbeit gehen. Kinder werden an Tagen schulfrei haben, wo die Eltern arbeiten müssen. Aber auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht unbedeutend. Die erste und für Rußland vielleicht größte wirtschaftliche Schwierigkeit besteht in dem Mangel an Facharbeitern, Ingenieuren und Hochstoffern, die heute bereits fehlen, und die nach der Durchführung der Reform in verstärktem Maße fehlen werden. Die andere große Schwierigkeit wird sich aus der Reparaturfrage ergeben. Wann sollen an den Maschinen die notwendigen Reparaturen vorgenommen werden, wenn die bisherigen Reparaturtage, die Sonn- und Feiertage, nicht mehr bestehen? Die 60 zulässigen Arbeitstage, die das neue Arbeitssystem bringen sollte, werden sehr viel niedriger eingesetzt werden müssen, da nach Ansicht von Sachleuten mindestens 30 dieser neu gewonnenen Arbeitstage für Reparatur- und Ueberholungsarbeiten vollständig in Anspruch genommen werden. Dann aber wird das neue System nicht eine Produktionssteigerung um 20 Proz., sondern höchstens um 10 Proz. bringen und ebenso werden die übrigen Vorteile sich vermindern. Es scheint, daß die Sowjetbehörden allzu optimistisch gegenüber den Vorteilen, die nicht verkant werden sollen, die Nachteile außer acht gelassen haben, so daß heute über den weltgeschichtlich bedeutsamen Reformplan noch kein abschließendes Urteil gestellt werden kann.

### Zwei Milliarden Krankheitskosten.

Die vorläufige amtliche Statistik schätzt die Ausgaben der Uebersicherung für 1928 auf nahezu 2 Milliarden RM. Zu steigen wesentlich die Ausgaben der Unfallversicherung (etwa 500 Millionen RM), die Invaliden- und Altersversicherung einschließlich derjenigen der Angestellten- und der Knappschaftsrenten (etwa 1,4 Milliarden RM) und der Arbeitslosenversicherung (etwa 800 Millionen RM). Da gleichzeitig — wohl der gegen Krankheit Versicherten auf 21,5 Millionen gehöhrt wird, ergibt sich als Ausgabe je Mitglied etwa 92 RM, wozu die Leistungen der Wochenruhe und die vorbeugenden Maßnahmen der allgemeinen Volksfürsorge, insbesondere die Aufwendungen für hygienische Volksbelehrung in Abzug, so bleibt an eigentlichen Krankheitskosten etwa 88 RM je Kopf des Versicherten oder der dreifache Tagelohn eines ungelerten Arbeiters. Da diese Kosten aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also letztlich aus den Löhnen der Arbeiter und Angestellten gezahlt werden müssen, bedingen sie eine Verminderung des Einkommens, eine Verengung des Lebensraumes. Mit einerseits die Volksgesundheit wesentlich abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen, so bedeutet andererseits auch jede Verbesserung des Gesundheitszustandes durch vernünftige Lebensführung eine Erleichterung der Wirtschaftslage. Wenn es der ärztlichen Kunst, den sozialen Maßnahmen und nicht zuletzt der fortschreitenden Erkenntnis auf dem Gebiete der Hygiene gelangen ist, die durchschnittliche Dauer des Menschenlebens nicht unbedeutlich zu verlängern, so gilt es nunmehr, danach zu streben, in diesem Leben die Summe der Leiden und Krankheiten zu verringern, die Zahl der in Gesundheit, Schaffen und Vergnügen verbrachten Tage zu erhöhen.

### Einkommensstufen der deutschen Bevölkerung.

Die soziale Schichtung der deutschen Bevölkerung läßt sich sehr gut aus der Gliederung nach Einkommensgruppen studieren. Von 27 Millionen Erwerbstätigen, die von der Statistik erfasst werden, sind 23,25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen. Davon hatten 10,99 Millionen keinerlei steuerpflichtiges Einkommen, d. h. höchstens 1200 RM jährlich. Wegen Familien-ermäßigungen neben dem steuerfreien Existenzminimum waren 300 000 ebenfalls steuerfrei. Am Durchschnitt hatte die letzte Personengruppe ein Durchschnittseinkommen von 1877 RM. Die verbleibenden 12,49 Millionen hatten ein Gesamteinkommen von 25,06 Milliarden RM. Das Durchschnittseinkommen belief sich hier auf 2006 RM. Von dieser letzten Gruppe hatten 168 000 Gehaltsempfänger ein Jahreseinkommen von über 8000 RM. Die zweite große Gruppe der Einkommensstufen wird von den Erwerbstätigen gebildet, die zur Steuererhebung herangezogen werden. Im Jahre 1926 hatten 12,6 Millionen Steuerpflichtige der letzten Art ein Einkommen von 12,6 Milliarden RM. Aus Land- und Forstwirtschaft stammten 1,94 Milliarden RM der Einkünfte, aus Gewerbebetrieben 7,67 Milliarden RM, aus selbständiger Berufsarbeit 0,98 Milliarden RM und aus Gehältern der Selbständigen mit einem jährlichen Einkommen über 8000 RM mit 1,85 Milliarden RM; der Rest verteilt sich auf die Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung usw. Von den Steuerpflichtigen, die zur Veranlagung herangezogen werden, hatten 45,61 v. H. ein Einkommen bis 1500 RM, 29,18 v. H. ein solches von 1500 bis 3000 RM, insgesamt haben 91,81 v. H. der veranlagten Steuerpflichtigen ein Einkommen unter 8000 RM, 7,84 v. H. haben ein Einkommen von 8000 bis 50 000 RM und nur 0,35 v. H. erheuten sich eines Einkommens von über 50 000 RM im Jahre. Insgesamt ver-mitteln diese Zahlen ein Bild davon, daß der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung ein sehr niedriges Einkommen bezieht. Dies reicht vielleicht gerade hin, um sich leidlich durchzuschlagen.

### Tarife der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Versicherungsgehilfen der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, betreibt die Volksversicherung und seit dem Jahre 1921 auch die sogenannte Große Lebensversicherung.

In ihrer Volks-Abteilung führt sie zwei Tarife mit einer Höchstsumme von je 3000 RM:

Tarif II: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall; Mindestprämie monatlich 2 RM, für Kinder und Jugendliche 1 RM;

Tarif I: Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung (Sterbegeldversicherung); Mindestprämie monatlich 1 RM;

in ihrer Lebens-Abteilung einen Tarif:

Tarif 0: Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall, ohne ärztliche Untersuchung; Mindestprämie pro Quartal 20 RM; Höchstversicherungssumme 10 000 RM.

Für Kollektiv-Versicherungen besteht ein besonderer Sterbefallen-Tarif.

Mit diesen Tarifen kann allen Ansprüchen der Arbeitnehmerschaft an eine Volks- bzw. Lebensversicherung Genüge geleistet werden. Die Versicherungsbedingungen sind außerst günstig gestaltet. Durch die Einführung der Gratiis-Unfallversicherung bei einer monatlichen Prämie von 2 RM an hat die Volksfürsorge noch ein übriges für ihre Versicherten getan, indem bei tödlichem Unfall die Versicherungssumme doppelt gewährt wird.



### Arbeitsverläumnis-Ersatz

für Betriebsratsmitglieder der Glasindustrie.

Das Oöblicher Landesarbeitsgericht hatte sich unter dem Vorsitz des Landesgerichtsrats Dr. Schwent in der Berufungsinstanz mit der Frage zu beschäftigen, ob die von Betriebsratsmitgliedern veräumte Arbeitszeit von der Firma zu tragen ist oder nicht. Dem Rechtsstreit lag folgender Anlaß zugrunde: In einer Oberläufiger Glasfabrik war die Frühstückspause von den Glasmachern meistern dazu benutzt worden, zu einem von der Firma festgesetzten Affordlohn für ein bestimmtes Glasgefäß Stellung zu nehmen. Man erinnerte sich, daß für dieses Stück früher ein wesentlich höherer Lohn gezahlt worden war und verlangte deshalb den gleichen Satz. Da es zu keiner Einigung kam, beschloß die zumammengetrete Glasmachermehrschaft den Ausstand. In diesem Augenblick eines drohenden Streiks glaubten zwei Betriebsratsmitglieder sofort eingreifen zu sollen, und sie begannen mit der Belegschaft sowohl wie mit der Betriebsleitung zu verhandeln, ohne die Betriebsleitung vorher von ihrer Absicht zu benachrichtigen und sich die Zustimmung erteilen zu lassen. Der Ausstand wurde schließlich vermieden. Die beiden Betriebsratsmitglieder erwarteten nunmehr Entschädigung für ihre durch die Verhandlung eingebüßte Arbeitszeit. Die Firma lehnte das Ansuchen ab und machte im letzten Termin durch ihren Rechtsvertreter geltend, daß die beiden Betriebsratsmitglieder in der Versammlung der Meister ebenfalls für den Ausstand gestimmt hätten, daß der Streikbeschluss ganz unberechtigt gewesen sei (wider Streik) und daß die Verhandlungen sich auch außerhalb der Arbeitszeit hätten ermöglichen lassen. Der Vertreter der beiden Kläger machte geltend, Betriebsratsmitglieder müßten in wichtigen Fällen, wie den vorliegenden, auch von sich aus die Kraft anbringen, zu verhandeln und auf die Streiklage einzuwirken, ohne sich vorher die Zustimmung des Arbeitgebers gesichert zu haben. Nach längerer Verhandlung erkannte das Landesarbeitsgericht Oöblich dahin, daß dem Entschädigungsanspruch der beiden Kläger stattzugeben sei. Die Firma wurde demgemäß verurteilt, nur wurde die Höhe des Anspruchs geändert (statt 5 nur noch 3 RM). An sich, so führte die Begründung des Urteils aus, über das Betriebsratsmitglied seine Tätigkeit ehrenamtlich aus, es seien ihm indessen (gemäß dem BVB.) die notwendigen Arbeitsverläumnisse zu erstatten im Rahmen dessen, was ein rechtlich denkender Mensch für richtig und angemessen halte. Zu dem Aufgabekreis eines Betriebsratsmitgliedes gehöre es, bei drohendem Streik auf die Leute einzuwirken, zumal es sich um einen wilden Streik handle und es darauf ankomme, den Betrieb vor Erschütterungen zu schützen. Daß die beiden Betriebsratsmitglieder zunächst selbst für den Streik gestimmt hätten, könne nicht Gegenstand der Prüfung des Gerichts sein, weil dieser Punkt im Schriftsatz der Beklagten zu rügen unterlassen sei. Das schuldhafteste Verhalten der beiden Kläger könne ihnen nachträglich nicht mehr zum Vorwurf gemacht werden. Fernerliche Maßnahmen aus § 39 des Betriebsratsgesetzes gegen sie seien nachträglich unzulässig.

### Der Glasarbeiterstreik in Oesterreich.

Zu recht harten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit ist es in Oesterreich gekommen. In vier Glasfabriken, und zwar in Alt-Nagelberg, Neu-Nagelberg, Eugenia und Naßgang bei der Firma C. Stähles, Söhne, u. W., mit rund 800 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, ist am 15. August der Streik ausgebrochen. Bereits am 16. August hat die Firma in allen ihren Betrieben die Leeren gefischt und jede Vermittlung abgelehnt. Weiter hat die Firma bekanntgegeben, daß sie in den ersten drei Monaten ihre Betriebe überhaupt nicht öffnen und dann selbst bestimmen werde, wer wieder eingestellt wird. Die Ursachen des Streiks liegen in der mangelhaften Entlohnung. Die Organisation hatte im Austrage ihrer Mitglieder an die Firma die Forderung gestellt, daß die Löhne für alle Affordarbeiter um 8 Proz., für alle im Stundenlohn schaffenden Arbeiter um 10 Proz. erhöht werden sollen. Diese Forderungen scheinen der sehr reichen Firma zu weit zu gehen und wurden abgelehnt. Immer und immer wieder hat die Organisation darauf hingewiesen, daß die Arbeiter bei den gegenwärtigen Löhnen nicht bestehen können, aber trotzdem blieb die Firma bei der Ablehnung.

Die Firma wollte den Kampf. Die Firma will nicht etwa nur die Forderungen der Kollegen ablehnen, nein, sie will die Organisation zerschlagen, um dann ungehindert die Arbeiter auszuplündern.

Die Organisation unserer Kollegen ist nur sehr schwach. Von den 8000 bisher beschäftigten Kollegen ist ein erheblicher Teil seit längerer Zeit arbeitslos; diese Kollegen sind von der Beitragspflicht befreit. Ein anderer Teil arbeitet in Kurzarbeit und zahlt nur den halben Beitrag, während 800 Kollegen im Streik stehen und Unterstützung erwarten.

Unsere Kollegen in Oesterreich führen also ihren Kampf leider unter sehr ungünstigen Verhältnissen. In dieser bittersten Not haben sich die Kollegen an den keramischen Bund gewandt, der sich sofort mit dem Hauptvorstand in Verbindung setzte, und unser Hauptvorstand hat als erste Rate einen nicht unerheblichen Betrag als Unterstützung unseren Kollegen in Oesterreich überwiesen. Das internationale Sekretariat der Glasarbeiter hat gleichfalls eingegriffen, und so ist zu erwarten, daß wir die 800 Streikenden über Wasser halten.

Die Solidarität wird sich unseren Kollegen in Oesterreich gegenüber glänzend bewähren, und so wird die Firma Stähles Söhne auch nach drei Monaten erkennen, daß sie mit der Organisation der Arbeiter rechnen muß.

### 25 jähriges Jubiläum.

Die Staatliche Glasfachschule Zwiesel konnte am 18. September d. J. auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Mit nur einigen Klassen bzw. Fächern, wie Glasradur, Glasmalerei und chemisch-technisch wurde die Schule 1911 eröffnet.

Wald stellte sich heraus, daß die gewonnenen Räumlichkeiten zu klein waren. Im Jahre 1913 wurde deshalb ein weiterer Anbau der Schule vorgenommen und eine eigene Abteilung für alle vorkommenden Arbeiten in Glasbleisereien eingerichtet. Auch die Entwicklung der Schule wurde im Jahre 1917 und 1923 ein weiterer Ausbau vorgenommen, um vor allen Dingen geeignete Laboratorien für die chemisch-technische Branche einzurichten, um aber auch den kunstgewerblichen Lehr- und Versuchswerkstätten weiteren Raum und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Der Bayerische Staat bekundet bis zum heutigen Tage an der Entwicklung der Schule sein großes Interesse durch weitgehende Finanzierungs.

Ein weiterer Protektor der Schule ist Herr Prof. Dr. Gehlhoff von der Siemens A.-G., Abt. Dram. Die schließlichen Glasindustriellen konnten sich an diesem Herrn bei den Schwierigkeiten der Errichtung einer neuen Glasfachschule in Bunzlau ein Vorbild nehmen. Herr Prof. G. ist noch nicht allzu lange Leiter einer Glasfabrik. Trotzdem zeigt er als Wissenschaftler großes Interesse vor allen Dingen an der chemisch-technischen Entwicklung der Schule, weil er sicher mit uns als Gewerks-

schaft erkannt hat, daß auf diesem Gebiete die gesamte Fortentwicklung der deutschen Glasindustrie beruht.

Die Glasfachschule in Zwiesel ist im letzten Jahrzehnt zu einer Musteranstalt geworden. Neben der praktischen Tätigkeit in den Lehr- und Versuchswerkstätten wird besonders darauf geachtet, daß einwandfreie Arbeiten entstehen, bei denen nicht nur das Technische erlernt wird, sondern der Orientierungssinn auf Geschmacksbildung in der weiteren Ausgestaltung der Formbildung der Gläser geweckt wird.

Die Schüler kommen aus allen Teilen Deutschlands nach Zwiesel, um die Glasfabrikation zu erlernen. Jeder Kursteilnehmer muß jedoch schon eine Praxis im Glashüttenfach nachweisen können. In den letzten Jahren werden 100-110 Unterrichtsteilnehmer in den Gesamtabteilungen ausgebildet. Die Glasfachschule Zwiesel hat gerade mit ihren Schülern im letzten Jahrzehnt bewiesen, daß gut ausgebildete Kräfte zur Weiterentwicklung der Industrie zur Verfügung gestellt werden können.

Auch wir als Arbeiterorganisationen haben ein Interesse daran, daß die vorläufige einzige Glasfachschule in Deutschland in Zwiesel weiter ihre fortschrittlichen Arbeiten fortsetzen möge, damit durch tiefgründige Wissenschaft unsere deutsche Glasindustrie sich den Platz am Weltmarkt erhalte, den sie seit den letzten zwei Jahrzehnten einnimmt. Wir fordern für die in Deutschland 100 000 beschäftigten Glasarbeiter sogar die Errichtung von weiteren Glasfachschulen. Dies beweist unser Vorgehen bei der Errichtung einer Glasfachschule in Bunzlau. Es ist zu hoffen, daß dieses Projekt bald verwirklicht wird, damit wir gegenüber unseren Konkurrenzländern wie Belgien und der Tschechoslowakei, wo in beiden Staaten je drei Glasfachschulen bestehen, nicht mehr mit der Ausbildung von jugendlichen Kräften in der deutschen Glasindustrie zurückzufallen brauchen.

M. Krebs.

### Schiedsgerichtsentscheidung in der Weißglasindustrie.

Recht bezeichnend für die Einstellung der Unternehmer in der Weißglasindustrie in bezug auf die Durchsetzung tariflicher Bestimmungen war eine Verhandlung, die vor dem Tarifschiedsgericht der Gr. V kürzlich stattfand. Es handelte sich um folgenden Streitfall:

Der Lohnstarif für die Altonaergruppe enthält für eine Anzahl von Arbeiterkategorien einen Anfangs- und Endlohn. Die Firma Wiegand & Bulle in Königsee weigerte sich, die durch Schiedspruch vom 3. Juli d. J. festgesetzte Lohnerhöhung von 4 Proz. zu zahlen. Zur Begründung ihres Standpunktes machte die Firma geltend, daß der Schiedspruch nur das Minimum, also den Anfangslohn anbestimmen würde, sie habe schon den höheren Tariflohn gezahlt und sei deshalb auch nicht verpflichtet, den in Frage kommenden Arbeitern die Lohnerhöhung zu gewähren. Auch sei sie gar nicht in der Lage, bei der Größe ihrer Betriebe die Löhne zu erhöhen.

Das Bezirkschiedsgericht der Gr. V konnte sich dieser Ansicht nicht anschließen und verurteilte die Firma zur Zahlung des Zuschlages von 4 Proz. auf die vor dem Schiedspruch von der Firma gezahlten Tariflöhne. Das Verhalten der Firma zeigt mit aller Deutlichkeit, in welcher Weise Unternehmer in der Weißglasindustrie versuchen, selbst die geringsten Lohnerhöhungen den Arbeitern vorzuenthalten.

Der Standpunkt der Firma ist um so unerständlicher, da selbst mit dem Zuschlag von 4 Proz., die in der Thüringer Glasindustrie gezahlten Löhne als außerordentlich dürftig bezeichnet werden müssen. Sollten die Unternehmer auch in anderen Bezugsgruppen eine solche sonderbare Haltung den Lohnerhöhungen der Arbeiter gegenüber an den Tag legen, dann wird auch in solchen Fällen das Vertragsrecht für unsere Kollegen sichergestellt werden müssen.

### Schiedsgerichtsentscheidung in der Flaschenindustrie.

Eine Entscheidung von allgemeiner Bedeutung ist vom Tarifschiedsgericht für die Flaschenindustrie am 19. September dieses Jahres gefällt worden. In der Lohnliste für Dempholz, Korbfasschen und Ballons wird unter „Bemerkungen und Aufschläge“ im Absatz 1 für Gefäße bis einschließlich 8 Liter ein Zuschlag von 12 Proz. festgesetzt, soweit vor den gleichen Arbeitern bald kleine und große Gefäße gearbeitet werden. Aus dieser Bestimmung ergab sich, daß ohne Rücksicht auf die Zeitdauer, in welcher die kleinen Gefäße angefertigt werden, der

obenerwähnte Zuschlag zu zahlen ist. Für die über 8 Liter großen Gefäße ist ein Zuschlag von 8 Proz. vorgegeben. Ueber die Zahlung des Zuschlages von 12 Proz. für Gefäße bis einschließlich 8 Liter entstand zwischen den Vertragsparteien Streit, da die Unternehmerorganisation sich auf den Standpunkt stellte, daß bei sinnemäßiger Anwendung der Lohnliste in den Fällen, in welchen kleine Gefäße wochenlang ununterbrochen angefertigt werden, nicht der Zuschlag von 12 Proz., sondern von nur 8 Proz. zu zahlen ist. Das Tarifschiedsgericht für die deutsche Flaschenindustrie mußte in diesem Streitfall im Einverständnis mit den Vertragsparteien als Schlichtungsstelle gemäß § 8 Abs. 2 des Tarifvertrages tätig werden. Nachstehend geben wir den Kollegen die getroffene Entscheidung bekannt:

„Der I. Absatz, der „Bemerkungen und Aufschläge“ zu I und II erhält folgende Fassung:

Die vorgelegten Lohnsätze bleiben unverändert, wenn mit Anhängern bzw. Modern gearbeitet wird. Im übrigen werden die Lohnsätze für Dempholz um 8 Proz. erhöht. Werden auf einer Hütte von den gleichen Arbeitern bald große, bald kleine Gefäße gearbeitet, werden für Gefäße bis 8 Liter einschließlich für die ersten vier Arbeitsschichten 12 Proz. Zuschlag gezahlt.“

Die Bedeutung dieser Entscheidung liegt darin, daß nunmehr nach den neuen Vertragsbestimmungen bei abwechselnder Anfertigung von kleinen und großen Gefäßen für die ersten vier Arbeitsschichten der Zuschlag von 12 Proz. für Gefäße bis 8 Liter einschließlich zu zahlen ist.

### Stadthagen.

Die Betriebsvertretung mußte schon manchemal bei der Betriebsleitung vorprechen, die Klagen der Belegschaft vorbringen und auf Abhilfe drängen. Aber die Betriebsleitung scheint wenig Interesse an der Beseitigung von Mängeln zu haben. In dieser Auffassung wird man bestärkt, wenn man den Anschlag liest, in dem die Firma der Belegschaft die Schuld am schlechten Glas zuschiebt. Die Firma handelt beim Erheben dieses Vorwurfes etwas leichtfertig; denn sie übergibt ganz, daß sie die Vorbedingungen für gute Ware zu schaffen hat. In dieser Beziehung hat sie ihre Pflicht verkannt. Die Pflichtverkenntnis besteht darin, daß die Inbetriebnahme der Handmaschinen eine nicht unwesentliche Belastung der Wanne und Schmeltze brachte. Die Folge war, daß die heiße Luft aus den Arbeiterslöchern trat und das Arbeiten unmöglich machte. Solchen Uebeln muß doch eine strebsame Betriebsleitung abhelfen versuchen. Wenn sie das nicht kann, dann sollte sie vorsichtiger sein, und den Arbeitern nicht vorhalten, sie seien am schlechten Glas schuld. Der Betriebsleitung und der Firma gereicht ein solches Verhalten nicht zur Ehre. Beide sollten im Gegenteil alles versuchen, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und nicht welche neu zu schaffen, weil doch die Handblasenproduktion in Stadthagen ein ausschlaggebender Faktor ist. Wenn sie diese auf der gewohnten Höhe und Qualität erhalten will, dann muß sie für das Arbeiten der Handblasenmacher die günstigsten Möglichkeiten schaffen und nicht unberechtigte Vorwürfe erheben, die nur zur Verzögerung beitragen.

Die gegenwärtigen Arbeitsmethoden des genannten Betriebes führen bei einem Teil der Kollegen zu Krankheitserscheinungen und zu zeitweiser Arbeitsunfähigkeit, besonders der älteren Kollegen. Dieser Umstand veranlaßt nun den Vorsitzenden der Krankenkasse von Simulanten zu sprechen. Er sollte etwas objektiver urteilen und lieber den Ursachen nachgehen, die zu den Krankheiten führen, er wird dann zu einer gerechteren Beurteilung kommen.

Der Firma wird empfohlen, in Zukunft nicht wieder in Anschlägen unbegründete Vorwürfe zu erheben, sondern mit den Betriebsratsvertretern die Ursachen zu ergründen und für deren Beseitigung Sorge zu tragen. Das ist dem Betrieb viel dienlicher.

### Breitenstein a. Harz.

Die Firma Glasfabrik Lamprecht G. m. b. H. in Breitenstein kündigte zum 26. Oktober ihre gesamte Belegschaft. Die Fabrik soll stillgelegt werden, da angeblich anliegende Aufträge nicht vorhanden sind. Sollte die beschlossene Maßnahme der Firma durchgeführt werden, dann werden hiervon 170 Glashüttenarbeiter in Mitleidenschaft gezogen.

### Briefen.

Die Deutsche Fensterglas-A.G. wollte in Briefen ihr Glasbütte verkaufen, konnte jedoch keine Käufer finden; sie wird nur das Werk zur öffentlichen Versteigerung bringen. Es ist dabei noch ein Geschäft macht, ist eine Frage, denn Glasbütten stehen gegenwärtig nicht hoch im Preis. Die Gläubiger, die bereits abgefunden sind, hoffen allerdings noch einige Mark dadurch zu retten.



### Bedeausystem bei Thomas, Marktredwitz.

Herr Kommerzienrat und Fabrikdirektor Dr. H. Zöllner, seines Zeichens Porzellanfachmann, Wirtschaftler, Politiker, Dichter und Schriftsteller, besitzt den sonderbaren Ehrgeiz, niemals auf seinen bisher gesammelten Lorbeerern auszuruhen zu können. Nachdem er erst kürzlich ein richtiggehendes Kochbuch geschrieben und in den Vertriebs gebracht hat, woraus man wieder ersieht, was für sonderbare Sorgen doch unsere Porzellanindustriellen haben, hat er nun die Belegschaft seines Betriebes mit einer besonders großartigen Liebererfassung beglückt. Es handelt sich um die Einführung des Bedeausystems, einer in Deutschland fast ganz unbekanntem Arbeitsmethode. Wenn auch über die praktische Durchführung dieses Systems noch recht wenig bekannt ist, so ist doch vollständig klar, daß es sich bei der ganzen Sache nur um eine Steigerung der Arbeitsleistung dreht. Man will bei allen Arbeitern Höchstleistungen erzielen. Dieses Arbeitssystem stammt von Amerika, ist aber auch nicht neu.

Der Sitz der Bedeaug-Gesellschaft ist in Hannover, von wo diese ihre Ingenieure für Propaganda und Einführung in den Betrieben, gegen hohe Bezahlungen natürlich, zur Verfügung stellt. Daß die Einführung des Bedeausystems mit Arbeiterentlassungen in den beimgelagerten Betrieben verbunden ist, ist klar.

Der Betriebsrat der Firma Thomas in Marktredwitz wurde vor einigen Wochen von seiner Direktion dahin verständigt, daß diese Bedeaug-Geschichte nun auch bei dieser Firma losgehen sollte. weberlich hat der Herr Kommerzienrat bei seiner letzten Amerikanerreise etwas von dieser Sache gesehen, und unter anderem liegen die Verhältnisse zurzeit für ihn besonders günstig. Nach der Belegschaft der Firma Thomas war in einer fast halbjährigen Kurzarbeit Gelegenheit gegeben, sich mit Kartoffeln, Gurken, Spinat und sonstigen Gemüsen, was dieses Jahr ausnahmsweise in den Säurebergärten recht gut geraten ist, durchzuschnütern, so daß für eine rationelle, intensive Ausnutzung der früheren, angesammelten Kräfte die sicheren Voraussetzungen vorhanden sind. Seit 14 Tagen ist nun ein Bedeaug-Ingenieur da; er hat gleich einen ganzen Kasten voll Stoppbrenn mitgebracht. In einem halbstündigen Vortrag unterrichtete er den Betriebsrat über Zweck und Ziel seines Kommens, aus dem derselbe aber abjehlt nicht klug werden konnte, nur soviel war daraus zu entnehmen, daß er sich anderthalb bis zwei Jahre, solange braude

er nämlich, hier häuslich niederzulassen gedente. Es folgte noch die höfliche Aufforderung, der Betriebsrat möge ihm am nächsten Morgen zwei intelligente Arbeiter, die gute Rechner sind, zur Verfügung stellen, und die Audienz hatte ihr Ende erreicht. Der Betriebsrat lehnte nach einer Aussprache mit den Kollegen und Gewerkschaftsvertretern dieses Verlangen entschieden ab, und erfreulicherweise haben sich auch keine Arbeiter gefunden, die sich dazu bereit erklärten, an ihren Kollegen Verdienste zu verdrängen, obwohl ihnen ein guter Verdienst in Aussicht gestellt war. Aber damit war die Sache nicht abgetan. Als ein gutes Hilfsmittel in solchen Fällen erweisen sich fast immer die Anstellungen und Beamten eines solchen Betriebes. Wo es die Arbeiterlichkeit verweigerte, da machen sie es. Gleich vertriehbaren Schachbrettfiguren, die nach den Regeln ihre Stellungen wechseln, stehen nun Angestelltenhelfer vom frühen Morgen bis nach Arbeitschluss an ihren Plätzen, das Auge mit wäremem Blick auf das Objekt gerichtet, in der linken Hand die Stoppuhr, mit der sie im Schweige ihres Angehörs ununterbrochen knippen und noch einmal knippen, in der rechten Hand Meßzist und Tabelle. Das ist wirklich ein Schauspiel für Götter, wenn es nicht eine so erste Seite hätte. Glauben denn diese Herren wirklich, daß sie mit einem solchen Vornehmen Lehramt und Respekt bei der Arbeiterlichkeit finden? Nein, gerade das Gegenteil wird erzeugt; die Arbeiterlichkeit hat nur tiefste Verachtung für ein solches Gebaren übrig. Wenn diese Herren jetzt weichen und monatlang die Zeit übrig haben, einer solchen Weichhätigkeit nachzugeben, so ist damit der schließliche Beweis erbracht, daß in diesem Rechenhelfertrieb eine ganze Anzahl von Beamten höchst überflüssig sind. Das ist auch die Meinung der gesamten Belegschaft; hier wäre wirklich der Direktion gute Gelegenheit zum Einsparen gegeben. Will sich die Direktion nicht einmal zeitig äußern, was sie eigentlich mit der Einführung dieses Systems bezwecken will? Gerade in ihrem Betrieb hat die Arbeitsleistung in der Nachkriegszeit eine Steigerung erreicht, wie kaum in einem zweiten, aber nicht auf Grund rationaler und technischer Verbesserungen, sondern einzig und allein auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft. Willen denn die Herrschaften nicht, daß der Beruf eines Porzellaners ein gesundheitsgefährdeter ist? Will man durch die Einführung solcher Arbeitssysteme die Betriebe zu einer Suchtkrankheit für Lungenkrankheiten machen? Will

es nicht geradezu erschütternd, wenn man weiß, daß die große Porzellanfabrik Selb neben der größten Wohnungsnot progen...

Welch große Wirtschaftstrategen die Porzellanindustriellen sind, hat sich erst kürzlich gezeigt. Trotz schlechter Konjunktur haben sie eine zehnzehnjährige Preiserhöhung auf Gebrauchs...

Tretet ein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramikischer Bund, dann werden unsere Ausbeuter uns nicht mehr mit solchen Dingen belästigen!

Wie es nicht gemacht werden darf.

Im Jahre 1898 wurde durch die Gebrüder Hofmann in Sornewitz bei Meißen die Glas- und Steingutfabrik A. G. Sornewitz gegründet. Sie gehörte zu jenen Unternehmungen der Fertigungswirtschaft...

Seit sie die Warenhäuser als Warenvertreter aus unserer Wirtschaft nicht mehr wagen und keine Firma, auch wenn sie Herstellerin nur erschaffenster Produkte ist, denkt daran, diese den Warenhäusern vorzuziehen.

Ob diese Entwicklung von den Gründern dieser Warenhäuserbetriebe zu jener Zeit vorausgesehen wurde? Allgemein dürfte dies kaum der Fall sein.

Der Abteilung Steingut des Sornewitzer Unternehmens stand Willi Hofmann vor, ein Mann, der in seinen jüngeren Jahren den Herr-im-Haus-Standpunkt stark betonte, aber auf Grund seiner fachlichen Fähigkeiten doch die Arbeit unserer Kollegen ehrlich zu bewerten suchte.

Unter diesen Umständen entwickelte sich der Betrieb recht günstig. Im Jahre 1913 wurden 650 Arbeiter beschäftigt. Auch die erste Nachkriegszeit ließ erkennen, daß die Sornewitzer Steingutfabrik eine Leistung hatte.

Willi Hofmann starb im Jahre 1921. Sein Nachfolger in der leitenden Leitung des Werkes ist seit dem Jahre 1923 Direktor Fohst. Das Erbe, das Herr Fohst antrat, gab ihm unter anderem eine große Anzahl tüchtiger Helfer.

Das bracht man ja wirklich kein kleiner Nachmann zu sein, um zu wissen, daß unter solchen verhältnismäßig guten Umständen unter der Leitung des Herrn Fohst dem Werke vorzügliches wurde.

In Sornewitz glaubte man in den letzten Jahren und auch heute noch, an zu einer Hebung und Verbilligung der Produktion zu kommen, andere Wege einschlagen zu müssen.

Die Arbeiter für Handwerker beträgt in Sornewitz 66 %. Der durchschnittliche Anteil aller Gehaltungsarbeiter beträgt im Juni d. J. 91 % und im Juli 102 %.

basis. Diese Verdienste können aber nur von Eingeweihten die wissen, unter welchen Verhältnissen hier gearbeitet werden muß, richtig beurteilt werden.

Um aber eine solche Personalpolitik begreifen zu können, muß man jedenfalls die Qualifikation zum technischen Direktor besitzen. Vor einigen Wochen schritt die Verkleitung zu umfangreichen Entlassungen.

Der Absicht, junge Mädchen an die Dreherische zu stellen, müssen hier einige Worte gewidmet werden. Gewiss gibt es schon einige Steingutbetriebe, die weibliche Arbeiter in der Dreherei beschäftigen.

Bei einem Rundgang durch den Betrieb trafen wir ein 14jähriges Mädchen an der Scheibe an. Unsere Frage, ob das Mädchen den Treibern selbst auslegen muß, wurde allerdings verneint.

Dieses Kind von 14 Jahren muß nun von früh bis abends nicht nur formen, sondern die durchsichtigen Formentretter vom Arbeitsplatz nach dem Regale selbst transportieren.



Unternehmertum und wirtschaftliche Organisation.

In den Nachkriegsjahren der Industrie Steine und Erden wird über Tagungen der Kongruenbesitzer und der Dachziegelhersteller berichtet. Die Ausführungen, die zum Thema wirtschaftliche Organisation gemacht wurden, sind so interessant und lehrreich, daß wir nicht verfehlen, sie unseren weitesten Mitgliebertreibern bekannt zu machen.

Auf der Tagung für den deutschen Tonbergbau wurden folgende Ausführungen gemacht: „Der Ursprung der schlechten wirtschaftlichen Lage der deutschen Tongrubenbesitzer, die nur ganz wenige nicht an eigenen Leiden verzipfen, liegt nicht in der großen zum Himmel schreienden Bedrängnis und der Not, in der sich Deutschland befindet, liegt nicht in der dauernd abwärts gleitenden allgemeinen Wirtschaftslage, sondern die Not des Tonbergbaues ist zum weitaus größten Teile eine Folge des Fehlens einer Schutzwehr, deren in heutiger Zeit kein einziger Industriezweig entzogen kann, wenn er sich eben nicht zum Spielball aller anderen Wirtschaftskräfte machen lassen will.“

„Ich sehe nicht an, Ihnen zumehr als die Voraussetzung zu machen, daß es mit der Not im deutschen Tonbergbau ein Ende haben muß, wenn sich alle deutschen Tongrubenbetriebe, über 500 an der Zahl, zusammenschließen und zusammenarbeiten würden an der Gesundung und Erhaltung unseres Industriezweiges.“

Setzt man an die Stelle von Unternehmer und Tongrubenbesitzer Arbeiterhaft, und an die Stelle Unternehmerverband Gewerkschaft, so können diese Ausführungen ebenso gut in Arbeiterberaternotwendigkeiten gepackt werden.

von 30 bis 36 Grad Celsius in einem Arbeitsraume, dessen Fußbodenbelag vor einigen Monaten von einem Beamten der Gewerbeaufsicht nur unter Zuhilfenahme eines Taschenrechners festgestellt werden konnte.

Um das Bild von den derzeitigen Sornewitzer Verhältnissen abzurufen, müßten wir noch auf die zwischen technischer Leitung und Arbeitern üblichen Verkehrsformen eingehen. Nur heute mag aber nur der Hinweis genügen, daß der Herr technische Direktor sehr höflich sein kann, im Verkehr mit der Belegschaft aber eine sehr laute Sprache liebt.

Wir zweifeln aber nicht, daß man auch in den an dem Sornewitzer Werke interessierten Kreisen zu der Einsicht kommen wird, daß an den derzeitigen bedenklichen Betriebsverhältnissen nicht nur allgemeine wirtschaftliche Hemmnisse, sondern in weitem Ausmaße mangelnde technische Führung verantwortlich zu machen ist.

Unsere Kollegen können ihre Lage in diesem Werke aber schon dadurch bessern, indem sie fest zur Organisation halten und darüber hinaus versuchen, auch die Lagen zu wecken und dem Keramischen Bund zuzuführen.

Beschäftigungslage in Bayern.

Die Porzellangebühr- und Luxusindustrie ist im Jahre 1929 nicht so gut beschäftigt, wie es sein müßte. Die Arbeitslosigkeit bei den organisierten Porzellanarbeitern beträgt gegenwärtig rund 10 Proz. Von der Herbstmesse wurde eine Besserung erwartet, sie ist aber nicht in dem gewünschten Maße eingetreten.

Die Arbeitsmarktlage der elektrotechnischen Porzellan- und der Steingutfabriken ist nach die gleiche wie in den Vormonaten.

Von den bayerischen Porzellanfabriken wurde am 30. September die Porzellanfabrik Roschendorf stillgelegt. Wenn eine so alte Firma in diese Lage kommt, muß es am kaufmännischen und technischen Weltbild und Können der Leitung liegen.

Zusammenflicht, und einig und geschlossen für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Belange eintritt.

Auf der Tagung der Dachziegelhersteller wurden ähnliche Ausführungen gemacht. Wir geben hiermit von den wichtigsten Stellen auch unseren Mitgliebertreibern Kenntnis. Es ist eben so, daß der freie Wettbewerb mit seinem Latein zu Ende ist, so bald er seine alleinige Mission erfüllt hat, den großen Fortschritten im Wirtschaftsleben den Weg zu bahnen.

Sie (die Dachziegelindustrie) hat sich zu entschließen, ob sie weiter unter dem gefährlichen freien Wettbewerb verbleiben will oder ob sie an ihrer Stelle die Herrschaft der gesunden Auffassung, und damit das Syndikat zu setzen hat.

Da haben wir's! Der freie Wettbewerb ist zu Ende mit seinem Latein. Aho freie Wirtschaft! Aho Liberalismus und Individualismus! Nur die Organisation kann uns retten.

Kölner Steingutgründungsindustrie.

Seit längerer Zeit ist die Arbeiterchaft in Frechen und Gerulheim bemüht, die tariflichen Stundenlöhne auf eine höhere Basis zu bringen. Die immer mehr einsetzende heftende Technik mit arbeitsparenden Maschinen hat dazu geführt, daß die Handarbeit, die meistens Handarbeit war, jetzt Tagelohnarbeit geworden ist.

Von 14-15 Jahren 32 Pf., 15-16 Jahren 36 Pf., 16-17 Jahren 40 Pf., 17-18 Jahren 50 Pf., 18-19 Jahren 60 Pf., 19-20 Jahren 80 Pf., über 20 Jahre 95 Pf., Brenner 100 Pf., Metallhandwerker 130 Pf., Töpfer 150 Pf.

Es dürfte nach den bisherigen Erfahrungen ziemlich lange dauern, die 60 besten Forderungen durchzusetzen. Der ist damit zu rechnen, daß die bevorstehenden Kommunalwahlen das Tempo der Verhandlungen beschleunigen können? Uns würde es freuen, wenn es im beiderseitigen Interesse gelingen würde, möglichst bald zu einer annehmbaren Verständigung zu kommen.

# Kalk- und Zementindustrie.

## I. Kalkindustrie.

Die deutsche Kalkindustrie arbeitet fast ausschließlich für den Bedarf des Inlandes. Zu ihren Abnehmern gehören vor allem die Eisenindustrie, die Landwirtschaft, das Baugewerbe und die chemische Industrie. Die Entwicklung der Kalkproduktion entspricht daher im allgemeinen der Entwicklung dieser Wirtschaftszweige.

Kalkwerke in den Jahren 1924-1928.

(Nach Ermittlungen des Deutschen Kalk-Bundes.)

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Gewinnung von Rohkalk	davon wurden gebrannt		Abfab von		
				1000 t	1000 t	Kalkmenge	gemahlener Kalk	Rohkalk
1924	264	14 240	6 800	5 060	2 836	476	80	1 650
1925	220	19 000	9 120	6 310	3 835	714	122	2 213
1926	170	14 000	8 910	6 650	3 749	651	102	2 188
1927	180	15 500	11 590	8 400	4 716	799	133	3 077
1928	168	15 500	11 409	8 353	4 631	886	142	3 069

1) Monatsdurchschnitt.

Die Kalkwerke gewinnen die Kalksteine fast immer aus eigenen Steinbrüchen. Die gebrochenen Steine werden zum größten Teil gebrannt, der Rest wird unverbearbeitet oder im gewöhnlichen Zustand abgesetzt. Durch Brennen von Rohsteinen wurden in den Kalkwerken seit 1924 erzeugt:

Erzeugnis	1924	1925	1926	1927
	Millionen t			
Weißkalk in Stücken	2,04	2,62	2,66	3,3
Sonstiger Stückkalk	0,37	0,495	0,35	0,4
Gemahlener gebr. Kalk	0,41	0,66	0,66	0,9
Kalkasche	0,021	0,039	0,048	0,045

Von den unverbearbeiteten abgesetzten Steinen geht der größte Teil an die Eisen- und Stahlindustrie. Im Jahre 1927 nahm sie über zwei Drittel des Rohkalkfabrikates auf. Gegenüber den Vorjahren war der Anteil am Gesamtverbrauch infolge der Zunahme der Eisen- und Stahlproduktion beträchtlich gestiegen. Weitere Abnehmer der Rohkalksteine sind das Baugewerbe und die chemische Industrie, deren Rohkalkverbrauch in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Der wichtigste Verbraucher von Branntkalk ist das Baugewerbe, an das im Jahre 1927 rund 38 v. H. des gesamten Absatzes von gebranntem Kalk ging. In den Vorjahren war der Anteil des Baugewerbes am Absatz von Branntkalk etwas größer, der der Eisen- und Stahlindustrie dagegen geringer. Das Baugewerbe hat im Jahre 1927 mehr Branntkalk als vor dem Kriege im alten Reichsgebiet aufgenommen; die Eisen- und Stahlindustrie hat dagegen infolge des Verlustes der lothringischen Eisenindustrie nicht den Vorkriegsverbrauch erreicht. Bei der chemischen Industrie (inschl. der Kalkstoffsäurefabriken) beträgt der Verbrauch etwa zwei Drittel der Vorkriegsmenge. Auch der Kalkfabrikatverbrauch in der Landwirtschaft ist nach beträchtlich hinter dem des Jahres 1913 zurückgeblieben. Der Anteil der gebrannten Steine an der Gesamtzeugung ist in den letzten Jahren gegen 1913 etwas zurückgegangen. Im Jahre 1927 wurden 72,5 v. H. der Rohsteine gebrannt, gegenüber 77,8 v. H. im Jahre 1913.

Rohkalkfabrikat, gebrannter Kalk.

Monatliche Erzeugung im Jahre 1928 (1000 Tonnen).

(Nach Ermittlungen des Deutschen Kalk-Bundes.)

Erzeugung	1928											
	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
Rohkalksteine 1)	233	245	285	223	268	292	311	303	293	258	149	196
Gemahlener Rohkalkfabrikat	111	140	176	90	68	50	47	56	112	67	63	50
Gebrannter Kalk	255	386	533	441	427	419	413	448	465	370	330	223

1) Soweit für den direkten Absatz an die Verbraucher bestimmt.

2) Gemahlener Kalkmergel und Rohkalkstein.

Rohkalkfabrikat, gebrannter Kalk.

Abfab im Jahre 1928 an die verschiedenen Verbrauchergruppen

(Nach Ermittlungen des Deutschen Kalk-Bundes.)

Erzeugung	Eisen- und Stahlindustrie	Landwirtschaft	Baugewerbe	Chemische Industrie	Sonstige	Ausland	Gesamt	
								1000 t
Rohkalkstein	2133	—	303	180	—	354	—	87
Gemahlener Rohkalkfabrikat	—	—	17	—	912	10	—	8
Branntkalk	1159	385	241	12	676	763	262	28
								53
								23

3) Gemahlener Kalkmergel und Rohkalkstein.

Da Kalkstein in allen Gebieten Deutschlands in größeren Lagern vorkommt, sind die Betriebe, die sich immer auf den Rohkalkvorkommen befinden, fast über das ganze Reich verteilt. In der Nähe der Hauptverbraucher, vor allem in industriellen Westdeutschlands, hat sich die Kalkindustrie stark entwickelt.

## II. Zement-Industrie.

Während des Krieges war die Produktion der deutschen Zementindustrie namentlich infolge der verminderten Produktivität erheblich gesunken. Nach dem Kriege wurde erstmalig im Jahre 1927 die Vorkriegsproduktion des ehemaligen Reichsgebiets überschritten.

Zementfabriken in den Jahren 1913, 1924-1928.

(Nach Angaben des Deutschen Zement-Bundes.)

Jahr	Zahl der Betriebe		Produktion 1)
	Betriebe	berufl. pers. (1000 t)	
1913	157	25 800	6868
1924	134	16 754	4048
1925	125	18 685	5812
1926	150	16 066	5950
1927	141	17 822	7342
1928	150	18 335	7576

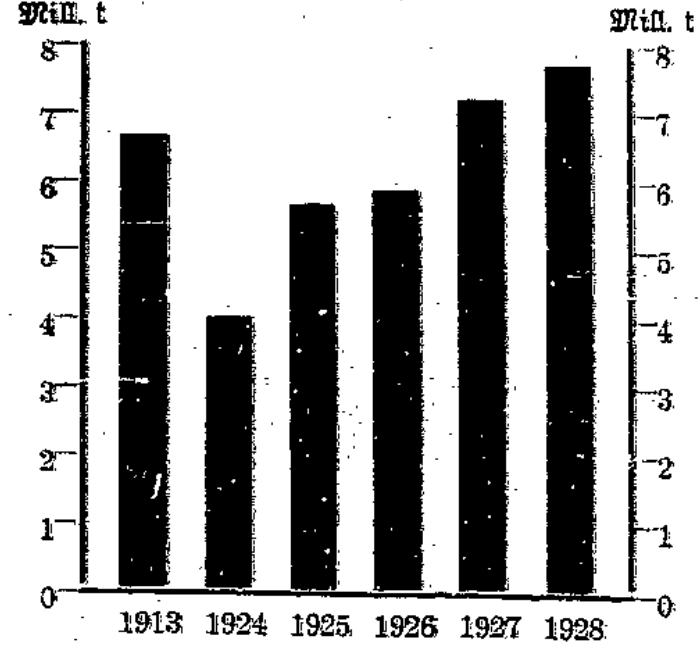
1) Ehemaliges Reichsgebiet.

2) Aus der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitstage rechnerisch (durch Division durch 300) ermittelte Zahl der Vollarbeiter. Die Zahl der Effektivarbeiter betrug nach Angaben der Steinbrüchlergenossenschaft in den Jahren 1924-1928: 24 283, 30 247, 21 283, 24 583, 24 773. Von den Hochofenzementfabriken sind in der Steinbrüchlergenossenschaft nur die mit Steinbrüchen verbundenen Werke erfasst. Sämtliche Angaben beziehen sich auf die in den Zementwerken mit Ausschluß der Nebenbetriebe beschäftigten Personen.

3) Produktion der dem Zementbund angeschlossenen Werke.

Der größte Teil der Gesamtproduktion der deutschen Zementindustrie kommt auf den Portlandzement, dessen Rohstoffe Kalk und Ton sind. Der Rest der Erzeugung entfällt in der Hauptsache auf Hüttenzement, der unter Zusatz von Hochofenschlacke gewonnen wird.

Zementproduktion 1913 (ehemaliges Reichsgebiet) und 1924 bis 1928.



Produktion der dem Deutschen Zement-Bund angeschlossenen Werke, ohne Außenleiter

Die Leistungsfähigkeit der Zementindustrie wurde (nach privaten Schätzungen) vor dem Kriege nur zu rund 60 v. H. ausgenutzt. Nach dem Kriege war die Ausnutzung zunächst noch weit geringer. In den letzten Jahren sind während der weitgehenden Spezialisierung und Konzernbildung in der Zementindustrie zahlreiche unrentabel arbeitende Werke stillgelegt worden. Dies hat im Zusammenhang mit der steigenden Produktion wieder zu einer stärkeren Ausnutzung der gesamten Produktionskapazität geführt.

Der Anteil der deutschen Zementindustrie an der Weltproduktion ist gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich zurückgegangen, da in anderen Ländern, namentlich in den Vereinigten Staaten, während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Zementproduktion erheblich gesteigert worden ist. In den Jahren 1926 bis 1928 war Deutschland nur noch zu rund 11 v. H. an der Gesamtzeugung der Welt beteiligt, gegen 19,6 v. H. im Jahre 1913.

## Gau 4 Frauenkonferenz.

Zu der auf den 15. September 1929 nach Stettin ins Volkshaus von der Gauleitung einberufenen Frauenkonferenz waren 10 Kolleginnen und 11 Kollegen delegiert. Als Referentinnen waren die Kollegin Jammert (Hannover) und die Kollegin Kumberger (Braunschweig) gewonnen.

Der Gauleiter, Kollege Wiesenbütter, eröffnete die Konferenz um 11 Uhr vormittags und begrüßte die Delegierten. Als erste Referentin sprach die Kollegin Jammert über „Sozialpolitik und Arbeiterinnenfragen“. (Siehe das Referat der Kollegin Jammert über das gleiche Thema in den Nummern 12 und 23 des „Proletarier“ vom Jahre 1929.)

Reicher Beifall dankte der Referentin für ihre von Herzen zu Herzen gesprochenen Worte.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach die Kollegin Kumberger (Braunschweig) über „Die Frau im Wirtschaftsleben“ und führte aus:

Nach dem mittelalterlichen Standpunkt gehört die Frau ins Haus. Sie durfte den Haushalt versehen, Kinder gebären und erziehen; doch weiter hinaus durfte sie nicht. Nach den damals herrschenden Gezeiten war die Frau dem Manne untertan; daher das Männerwertgefühl der Frau. In den Zeiten der Zünfte weigerten sich die Weibchen, mit Frauen zusammenzuarbeiten. Auch heute häufen sich die Klagen, daß die Arbeiterinnen es zu fühlen bekommen, wenn durch Umstellung eines Arbeitsprozesses, durch Arbeitsteilung, Verwendung neuer Maschinen usw., Arbeiten von Frauen verrichtet werden, die früher von gelernten Arbeitern ausgeführt wurden. Immer wieder müssen die Arbeiterinnen hören, sie nähmen den Männern die Arbeit weg und verflüchteten die Löhne der Männer. Darum ist es Pflicht eines jeden, dahin zu wirken, daß Frauenarbeit der Arbeit der Männer gleichgestellt wird und dafür auch die gleichen Löhne gezahlt werden.

Rednerin forderte in ihrem Referat ebenfalls die Frauen auf, dahinzuwirken, in allen öffentlichen Ämtern vertreten zu sein. Wo Frauen in den öffentlichen Ämtern mitarbeiten und mitbestimmen, ist es nicht zum Schaden der Allgemeinheit.

Auch der Kollegin Kumberger dankte reicher Beifall. — An der Aussprache beteiligten sich mehrere Kolleginnen und Kollegen. Es wurden verschiedene Anfragen gestellt und diese von der Kollegin Jammert beantwortet.

In ihrem Schlusswort forderte die Kollegin Jammert die anwesenden Kolleginnen und Kollegen auf, mitzuhelfen und mitzuwirken an dem Aufbau der Gewerkschaft. Die erste und heiligste Pflicht der arbeitenden Frau sei es, sich gewerkschaftlich zu betätigen, nicht hintenau gestellt, sondern vorne in den ersten Reihen.

Als Letzter ergriff Kollege Wiesenbütter das Wort. Er wies die Kolleginnen und Kollegen darauf hin, sich mehr zu schulen, d. h. mehr die Zeitung zu lesen. Bedauerlicherweise muß man heute feststellen, daß eine Augenberäuberin in den Kreisen der Arbeiterin gefunden wird.

Auch Kollege Wiesenbütter betonte, daß Gewerkschaftsarbeit nicht mehr ohne die Frau geht.

Mit einem Loch auf den Verband der Fabrikarbeiter wurde die Konferenz um 15 Uhr geschlossen.

## Ueber 70 000 Patentanmeldungen im Jahre 1928.

Das Deutsche Erfinderbüro e. V., Hamburg 36, teilt mit: Auf Grund der letzten erschienenen amtlichen Veröffentlichungen sind im Jahre 1928 70 895 Patentanmeldungen gegenüber 68 457 im Vorjahre vorgenommen worden. Das bedeutet eine Zunahme von 2438. Daraus geht hervor, daß die Erfindungstätigkeit in Deutschland immer noch zunimmt, was nicht zuletzt auf die bedrängte Wirtschaftslage unseres Volkes zurückzuführen ist.

Von 70 895 Patentanmeldungen stehen im gleichen Zeitraum 15 598 Patenterteilungen gegenüber, also rund 22 Prozent. Diese hohe Zahl der Ablehnungen beweist am besten, wie notwendig der vom Erfinderbüro eingerichtete sorgfältige Vorprüfungsdienst ist, der zum Ziel hat, die vielen mit hohen Kosten verbundenen nutzlosen Anmeldungen der durchwegs mittellosen Erfinder von vornherein weitmöglichst auszuschalten. Dadurch wird gleichzeitig eine lästig notwendige Entlastung des Reichspatentamtes bewirkt, denn im verflochtenen Geschäftsjahre konnten nur 56 893 Anmeldungen endlich erledigt werden. Am Jahreschluss 1927 lagen aber im Reichspatentamt bereits 113 627 noch unerledigte Patentanmeldungen vor. Diese

Deutschland ist von der ersten Stelle, die es 1913 im Weltmarkt innehatte, nach Belgien an die zweite Stelle gerückt. Seit der Währungsstabilisierung bis zum Jahre 1927 stieg die deutsche Zementausfuhr stärker als die Produktion. Im Jahre 1928 ging die Ausfuhr jedoch zurück und betrug nur noch 14 v. H. der deutschen Erzeugung gegenüber 16 v. H. vor dem Kriege. Die Einfuhr, die nur einen Bruchteil der Ausfuhr ausmacht, hatte in den letzten Jahren im Verhältnis zum Gesamtverbrauch zunächst etwas abgenommen, überstieg aber im Jahre 1928 bei geringer Produktionszunahme die des Vorjahres um mehr als das Doppelte.

Das wichtigste Produktionsgebiet befindet sich in der Gegend von Neubrück und bei Münster in Westfalen. Andere wichtige Zentren der Zementindustrie liegen in Hannover, in der Saalegegend, in Ostpreußen bei Toppeln, in der Nähe von Hamburg und Stettin, bei Berlin, bei Heidelberg und im schlesischen Industriegebiet. Die Hüttenzementwerke sind vorwiegend am Niederrhein und im Ruhr-Eisenbezirk bei Westphalen gelegen. Die Portlandzementfabriken sind in der Regel mit Kalksteinbrüchen, die ardueren Werke zum Teil auch mit Kalkfabriken verbunden.

Nach dieser Aufstellung hat sich die Beschäftigtenzahl in der Zementindustrie von 1913 bis 1928 um 74,65 v. H. oder gleich 28,29 Proz. vermindert. Dabei läßt sich leider nicht feststellen, ob in der Beschäftigtenzahl, wie sie von der Berufsgegenwart angegeben und berechnet wird, die Beschäftigtenzahl bei den Außenleiter-Zementwerken enthalten ist. Diese Angaben wären zur Berechnung der Leistungssteigerung von Wichtigkeit, weil bei der Produktionshöhe nur die Zahlen der vom Zementbund erfassten Werke aufgeführt sind. Sind die Beschäftigten der Außenleiterwerke in der Aufzählung mit enthalten, so würde sich noch eine höhere Leistungssteigerung wie nachstehend ergeben.

Die Leistung betrug umgerechnet auf den Kopf der Beschäftigten 1913 266,2 Tonnen, dagegen 1928 413,2 Tonnen, also eine Steigerung um 147 Tonnen gleich 55,19 Prozent. Nach anderen Erhebungen beträgt die durchschnittliche Leistung über 500 Tonnen. Sie wird im letzten Jahre noch weiter gestiegen sein, so daß sich die Leistung pro Kopf auf über 600 Tonnen stellen dürfte.

In der Kalkindustrie stieg die Beschäftigtenzahl von 1913 bis 1928 um 260 gleich 6,6 Prozent. Die Anzahl der Betriebe dagegen sank von 264 auf 168, also um 96 gleich 36 Prozent. Aus dieser Gegenüberstellung kann man den gewaltigen Konzentrationsprozeß, der besonders in den letzten Jahren erfolgt ist, erkennen.

Die Gesamtproduktion stieg in den angegebenen Jahren um 4 609 000 Tonnen, von 6 800 000 Tonnen auf 11 409 000 Tonnen gleich 67,65 Prozent. Pro Kopf der Beschäftigtenzahl betrug die Leistung 1913 477,5 Tonnen, 1928 dagegen 736,1 Tonnen. Die Steigerung pro Kopf beträgt mithin 258,6 Tonnen gleich 54,18 Prozent.

Zahl ist, anstatt weniger zu werden, zum Jahresende 1928 auf 1 266 29 gestiegen.

In deutschen Patentanmeldungen im Ausland wurden im Berichtsjahre 14 200 vorgenommen. Im gleichen Jahre wurden weiterhin 64 837 Gebrauchsmusteranmeldungen (1112 mehr als im Vorjahre) und 27 925 Warenzeichenanmeldungen eingereicht. Insgesamt sind also 1928 16 3657 Schutzrechtsanmeldungen beim Reichspatentamt eingegangen.

## Die Mehrzahl lebt in dürftigen Verhältnissen.

Wie viele Menschen hierzulande in kümmerlichen Verhältnissen leben, offenbart die Statistik über die Steuerveranlagung. In Deutschland haben 90,81 v. H. aller Veranlagten ein Einkommen unter 3000 RM im Jahr. In Heft 17 von „Wirtschaft und Statistik“ werden die Reichsergebnisse der Einkommensteuerveranlagung von 1927 veröffentlicht. Die Schichtung der Steuerzahler nach dem Einkommen ist nachfolgende:

Einkommensgruppen	insgesamt	4015 713	100,00
bis 1500 RM	1 752 014	43,63	
über 1500 RM bis 3000 RM	1 171 553	29,17	
" 3000 " " 5000 "	490 877	12,22	
" 5000 " " 8000 "	232 473	5,79	
" 8000 " " 16000 "	248 321	6,19	
" 16000 " " 50000 "	103 806	2,59	
" 50000 " " 100000 "	11 784	0,29	
" 100000 "	4 885	0,12	

Stets 44 v. H. aller Jenksten hat nur ein Einkommen bis 1500 RM. Nicht etwa im Monat, sondern im ganzen Jahr. 73 v. H. sämtlicher Veranlagten hat ein Einkommen bis 3000 RM oder bis zu 250 RM je Monat zur Verfügung. Die Mehrzahl der Deutschen besteht aus armen Leuten. Diese Tatsache erbartet die Steuerstatistik sehr deutlich. Will das Volk diese elende Lage zu verbessern suchen, dann redet man von der Begehrlichkeit der Massen.

## Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a unseres Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Dresden a. M.: Otto Kuhl, Buchnummer S II 465 388.

## Arbeitsmarkt.

Die Firma Kühn t o p p, Bleiglaschleiferei, D e r u r g, Großdiger Straße, stellt per sofort fünf bis sechs tüchtige Glaschleifer (unverheiratet) ein. Meldungen sind an die Firma zu machen. (148)

Glasmacher, Gehilfen und Kältemacher auf Thermoskolben sucht Derrms Glasbläse, Regis-Preitungen, Nähe Leipzig. Arbeitsangebote sind zu richten an Arbeitsnachweis: Walter D e v e r, Regis-Preitungen i. Sa., Bahnhöfstr. 106 b. (149)

Ein perfekter Modelleinschleifer für feine Gegenstände, wird für sofort gesucht. Angebote mit Anschriften an Veritas-Steingutfabrik, D i r i c h a n (Döberitz). (150)

Ein Gehilfe für Modelmalen und Malen zum Verschleifen und Wogen, auf schwache Beinen sofort oder in 14 Tagen gesucht. Angebote an Gewerkschaftsbüro Venia S. A., Langauer Straße 35. (151)

Schlosser und Maschinenmeister sucht Stellung. Selbiger ist vertraut mit Reparatur, Aufstellung und Einrichtung sämtlicher Maschinen der Glasbläse, Schleiferei, Maschinenbau, elektrischen Anlagen, Dampfmaschinen und Dieselmotoren. Angebote erbitet Wilhelm G i c h l e r, Alsenburg i. Th., Reiter Str. 133. (152)

Modelleinschleifer, per sofort und für in Arbeiten, mit langjähriger Praxis sucht Stellung. Suchender würde eventuell auch Normen geben. Erfragen unter „R. 89“ an den „Gewerkschaften-Bund“ erbeten. (153)

Glaschleifer, ledig, als Glasbläser auf übergebundene und angetriebene Kolben, Tropfglasbläser, im Abbleiben, im Abprägen und sämtlichen in diesem Fach vorzunehmenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Angebote an den „Gewerkschaften-Bund“ unter „R. 90“ erwünscht. (154)

Tüchtiger Datenmacher, welcher auf Glas- und Tafelglasarbeiten, sowie mit allen vorzunehmenden Arbeiten am Glas vertraut ist, sucht Stellung. Angebote sind unter „R. 91“ an den „Gewerkschaften-Bund“, Charlottenburg, zu richten. (155)

Der gravier Stahlplatten für Anichts- und Wappenstein-Platten, Charlottenburg, Probestr. 25. (156)

## Um das Kind.

(2. Fortsetzung.)

Blököh durchsuchte sie ein Gedanke, was inzwischen wohl mit Karl Eick geschehen wäre. Vielleicht hatte man ihm schon das Urteil gesprochen. . . .

Mun trat ihr sein Bild in die Erinnerung zurück, wie es sich ihr im Gerichtssaal eingedrängt hatte: stolz und fest erhob sich die breite, kraftvolle Gestalt hinter den Schranken, trotzig und selbstbewußt in Miene und Haltung. . . .

Aber ist dies nicht auf seinen ausdrücklichen Wunsch geschlehen, auf seine Bitte, die der Justizrat ihr übermittelt und der sie bereitwillig gefolgt war? Gewiß, sie irrte sich. . . .

Zernid war eben in seinem Büro angelangt, als sie eintrat. Der alte Herr sah müde und abgespannt aus, unfroh klang auch seine Stimme, als er ihr mitteilte, daß Eick „aus Mangel an Beweisen“ freigesprochen sei. . . .

Hella Gebrste äußerte lebhaft ihre Befriedigung, dankte für die erfolgreiche Mühewaltung, zeigte sich auch nicht verwundert über diesen von ihr erwarteten Ausgang. Sie konnte ihre Freude nicht unterdrücken und sprach mehr als sie eigentlich wollte. . . .

Da sie in Zernids Weisen so etwas wie Befremden wahrnahm, wurde auch sie sich, verständigte den Notar geschäftsmäßig von ihrer Absicht, noch heute mit dem Abendzug abzureisen und hat, wegen der Erledigung des Grundstücksverkaufs in den Nachmittagsstunden noch einmal vorprechen zu dürfen. . . .

Zu ihrer Ueberraschung eröffnete ihr Zernid, daß sich inzwischen ein neuer Restekant gemeldet habe, eben Herr Karl Eick, der das Grundstück für Genossenschaftszwecke zu erwerben gedenke. Der Kaufpreis sollte gegebenenfalls die anderen Angebote übersteigen, Eick wüßte bei dem Abschluß persönlich zugegen zu sein. . . .

Hella sagte freudig zu, mäsigte sich aber zugleich und meinte nur, ihr sei alles recht, sie möchte schnell Schlusß machen, da dringende Aufgaben sie nach Berlin zurückziehen. . . .

Der Justizrat sah sie einen Augenblick schweigend an und ver sprach jedoch, bis zum Nachmittag alles wunschgemäß zu ordnen. Müde reichte er ihr die Hand. . . .

Obwohl andere Angebote nun doch etwas günstiger waren als dasjenige der von Eick vertretenen Genossenschaft, hatte Hella Gebrste mit Karl Eick abgeschlossen — lediglich aus Protest gegen die anderen, wie sie ihre Handlungsweise vor sich selbst rechtfertigte. . . .

Aus Protest gegen die ganze ihr widerwärtige Bürgerlichkeit dieses Ortes unternahm Hella nunmehr einen längeren Spaziergang mit Karl Eick durch die Straßen der Stadt, trank in der besuchtesten Konditorei mit ihm Kaffee und hatte ihre Gemüthsruhe, wenn sie wahrnahm, wie man bei diesem Anblick die Köpfe wispelnd zusammenstreckte. . . .

Aus dem gleichen Protestbedürfnis lud sie Karl Eick zu gemeinsamem Abendessen ins Hotel Bauer ein, indem sie sich, launig für ein Stündchen, von ihm verabschiedete. . . .

Sie hatte diese Zeit mit dem Baden ihrer Sachen und den Vorbereitungen für die Abreise zugebracht, um halb zehn ging ihr Zug. . . .

Als sie gegen acht im Speiseraum des Hotels erschien, wo eine Anzahl Tische bereits besetzt war, suchte sie vergeblich nach Eick. Eben wollte sie den Kellner fragen, da kam Eick aus dem Nebenraum, ziemlich erregt, wie ihr schien. . . .

Sie begrüßte ihn orientiert und sah sich nach einem guten Platz um, als Eick ihr in ironischer Weise mitteilte, ihm sei bedeutet worden, daß hier bereits alle Tische besetzt seien. . . .

Auf Hella's isorrtige Frage an den Kellner bejahte dieser mit unruhigerem Lächeln und verwies im übrigen an den Wirt. Der alte Herr Bauer wurde herbeigerufen, bedauerte aber, diesmal ohne seine verbindliche Miene und ohne die bisher Hella gegenüber beobachtete große Zuvorkommenheit, zwar torstet und mit gegenseitigem Ernst, die noch freien Tische wären bereits vergeben, bestellt, er schluge indessen ein gemüthliches Pläschen im Nebenraum, im sogenannten Chambre separée, vor, wo die Herrschaften ganz ungestört beisammen sein könnten. . . .

„Anerkenn!“ rief Eick. „Das ist eine Herausforderung —“ er vermochte kaum noch an sich zu halten. . . .

Hella legte beschwichtigend ihre Hand auf seinen Arm. Auch ihr stieg die Verzweiflung ins Gesicht. Sie blinnte sich um — mehr als die Hälfte der Tische war unbesezt. . . .

Unter den anwesenden Gästen erkannte sie den fettglänzenden Richter, den mit verkniffenem Lächeln herüberzwinkern den Staatsanwalt — und auch ihren würdigen Justizrat, der sich erlesen abwandte. . . .

Obwohl sie einmah, daß gegen diese Mächte nicht anzukämpfen war, unterstützte sie Eick's Forderung, der darauf bestand, in diesem Raum zwei Tische reserviert zu bekommen, erstür aber von dem sich höflich verbiegenden Herrn Bauer eine ablehnende Bekundung. . . .

Wenn es sich nicht um diese Dame handelte —“ Eick war los, sich dieser auf Ihre Gastlichkeit und die des Wirtes zu verlassen. . . .

Alle horchten auf, es war menschenföhl in dem kleinen Saal. Der Wirt entsetzte sich absehzudend. . . .

Hella bat Eick, sich zu beruhigen, beglich kurz entschlossen ihre Hotelrechnung und vereinbarte mit ihrem Begleiter, gemeinsam im Bahnhofsrestaurant zu speisen. . . .

Ein Wagen wurde bestellt, Hella's Gepäck herbeigebracht, Gut und Reisemantel angelegt. Die Unterhaltung im Speisesaal kam wieder in Gang. . . .

Hella wandte sich dem Ausgang zu. Der Wirt entließ sie mit höherer Höflichkeit, ohne ihr auch nur bis zur Tür Geleit zu geben. Vom Honoratiorenstisch ertönten vernehmliche Gm, Pfeifze und Gelächter. . . .

Eick mit Rücksicht auf Hella, schweig, prüft aber vernehmlich ein Spottlied durch die Johne, das mit einem herzhaften „Hut!“ schloß. Hella's eigene Erregung ließ sie kein Wort hervorbringen. . . .

Ihre Spannung löste sich erst, als sie in der Bahnhofsrestaurant mit ihrem Begleiter bei einem sehr frugalen Mahle am Tische saß. Sie war erst nach einhellig, dann aber schlug ihre Spannung in eine fertierie Zufriedenheit um, sie unterließ Eick, ohne viel darauf zu achten, was er etwa sagte. . . .

Erdlich, als er ganz schweig, wurde sie auf seine ernste Miene aufmerksam und unterließ ihn nun zum Reden an, um Verzeihung bittend, daß sie bisher so ausschließlich von sich nur gesprochen habe. . . .

„Ich würmt noch immer, daß ich der ehrenwerten Stammtischrunde im Hotel Bauer, daß ich auch dem alten Bauer nicht gründlicher Bescheid gesagt habe,“ grollte Eick. „Na, vielleicht lernen sie mich bei anderer Gelegenheit mal besser kennen, wenn ich keine solchen Rücksichten zu nehmen brauche, wie heute.“ . . .

„Ah, lassen wir es gut sein,“ beschwichtigte Hella leichtsin. „Es war und es ist ja gar nicht meine Absicht,“ fuhr er fort, Hella's Worte überhörend, „mich in den Kreis dieser würdigen Bürger einzudrängen, mein Standpunkt ist ganz wo anders, und ich bekämpfe von dort aus die noch bestehende Gesellschaftsordnung, aber mit anderen, mit ehelichen, anständigen Waffen, nicht in dieser feigen, gemeinen Weise. Na, die Zukunft wird ja zeigen, wo das Schwergewicht liegt, welche Ideen in der Welt den endgültigen Sieg davontragen.“ . . .

Hella mußte über die unbeholfene Ausdrucksweise ein wenig lächeln, nickte leicht mit dem Kopf und fragte: „Endgültig ist ja nie ein Sieg — aber anders wird die Welt freilich von einem Tag zum anderen, und jetzt schneller als je. Eigentlich war es an der Zeit, daß unsere alte Vude niedergebrennt ist, wie?“ . . .

Eick sah sie betroffen an. „Ich verstehe nicht recht,“ erwiderte er und errödete leicht. „Nun, ich meine nur, daß es nicht schade darum ist,“ er gänzte sie, „wenn die Reste der Vergangenheit verschwinden, mit allem, was damit verbunden ist, auch mit den Erinnerungen.“ . . .

„Oh — nein, so denke ich nicht,“ meinte er und errödete wieder, „die Erinnerungen bleiben erhalten, das möchte ich nicht, die Erinnerungen vergessen; ich schäme mich meiner Herkunft nicht, bewahre, ganz im Gegenteil, bin stolz darauf, warum auch nicht? Aber das ist richtig, an die Stelle kommt jetzt eine neue moderne Werkstätte, ein großer Genossenschaftsbetrieb, der vielen wertthätigen Arbeitern Platz schafft und für die allgemeine Wirtschaft viel bedeuten wird.“ . . .

Hella nickte zustimmend, sprang aber, ablenkend, auf ein anderes Thema über: „Ich verstehe, gewiß! — Ah bitte, da fällt mir eben ein: Was hat es für eine Bemerkung mit dem frühzeitigen Ende unserer lieben kleinen Agnes? Ich las gestern ihre Grabchrift, erschütternd ist das!“ . . .

„Da wäre viel zu erzählen, eine lange Geschichte,“ sagte Eick und sah Hella schmerzlich an, „vielleicht sprechen wir ein andermal davon.“ . . .

„Gewiß,“ billigte Hella bei, „ich mußte nur eben an unsere Honne, kleine Agnes denken.“ . . .

Es war bisher sonst kaum jemand anwesend in dem Wartesaal, nun erschien, kurz vor halb zehn, geräuschvoll eine größere Zahl Leute, unter denen sich auch die Herren vom Honoratiorenstisch des Hotel Bauer befanden. Der alte Justizrat freilich war, wie Hella feststellte, nicht dabei. . . .

Sie hatten das erst spät aufgetragene Mahl knapp beendet, als der Kellner an den Tisch trat und die bevorstehende Ankunft des Zuges ankündigte. . . .

Hella stand auf und machte sich reisefertig. Inzwischen vernahm man das Einlaufen des Zuges. Eick ergriff das Gepäck und begleitete Hella hinaus. . . .

Sie mußten an den Herren vorbei, die lachend und lärmend zusammengeessen hatten und sich nun gleichfalls erhoben. Hella sah dreiste, schamlose Blicke auf sich gerichtet, vernahm höhnische Bemerkungen, die sie nicht verstand, und wurde von dem ganzen Schwarm, unter dem sich gleichfalls ein Abreisender befand, auf den Bahnsteig hinausbegleitet. . . .

## Menschen greifen zum Buch.

Es geht auf den Herbst. Da wandelt sich auch das Bedürfnis der Menschen. Im Sommer geht ihr Sinn in die Weite. Je mehr der Herbst aber kommt, um so mehr zieht sich der innere Mensch auf sich selbst zurück. Wie die Blumen und Bäume es tun. Um im Inneren langsam zu reifen für neue Fülle. Für neue Freude an Weite und Welt. . . .

Langsam greifen die Menschen wieder zum Buche. Und in den Organisationen wird die Bildungsarbeit vorbereitet. Der Herbst und der Winter sind große Vorbereitungen zum Winter. Viele greifen zum Buch, doch nicht alle. Ja, die Zahl der Menschen, die zum Buche greifen, wird allmählich kleiner. Trotz der Zeiten des Jahres, die immer wieder zum Buche locken. . . .

Eine der größten Gewerkschaftsbibliotheken, die wir in Deutschland haben, ist in Bremen, und nach dem Zahlenmaterial dieser Bibliothek ist die Zahl der Leser leider von Jahr zu Jahr wesentlich zurückgegangen. . . .

Hierbei spricht ohne Zweifel das Radio mit, doch wenn der Rückgang in der Benutzung der Bibliothek so groß ist, daß 1923 ein Viertel der Arbeiter, die 1926 die Bibliothek benutzten, nicht mehr las? . . .

Es handelt sich hier um die Jahre, in denen in Deutschland die große Umstellung der Wirtschaft erfolgte, die Nationalisierung der Betriebe, die neue Einpannung der Menschenkraft in das Wirtschaftssystem, die Ausbeutung der lebendigen Energien des Menschen bis auf das Letzte. . . .

Es gibt viele Menschen, die durch das kapitalistische Wirtschaftsleben müde geworden sind. Die Radio-Unterhaltung und Belehrung ist einfacher. Man stellt ein und hört. Dieses und jenes. Das Buch setzt neben dem entchiedenen Bildungswillen auch die Energien voraus, die die Natur in den Menschen hineingelegt. . . .

Aber das Arbeitsleben der hochkapitalistischen Wirtschaft wird lähmend. Die soziale Gestaltung der Wirtschaft ist ein Kulturproblem. Die Arbeit soll den Menschen nicht ausrauben, sondern auf das Letzte. Der Kapitalismus ist eine Kulturkrise, und durch seine Überwindung erst kommt die ganze Bildung und das neue durchgeistigte Menschentum. . . .

„Ausstreten.“ Nord und Süd verstehen sich schlecht. Das kann zu Katastrophen führen. Kommt neulich ein Norddeutscher in ein schwäbisches Alldorf und trinkt ungewohntes Weizen. Bald merkt er die Heimtücke des Trunks. Er geht zu der Wirtin. „Da kann man mal austreten?“ . . .

„Ja?“ „Wo?“ „Wo man austreten kann. Basteln Sie denn kein deutsch.“ „Ja!“ . . .

„Na, zum Donnerwetter! Ist denn der Wirt nicht da?“ „Wo, der ist auf'm Feld aus!“ . . .

„Na, da ruhen Sie ihn man. Aber 'n bißchen dall!“ — Denn der Herr Amtsrat kann doch nur einem Manne pantomimisch erklären, was er meint und was ihn drückt. In schwäbischer Eile kommt nach einer Viertelstunde der Wirt. . . .

„Grüß Gott, was nicht dran?“ „Der Herr Rat ist lächerlich.“ „Danke, nu is es schon zu spät!“ . . .

Der Zug stand abfahrbereit, sie bestieg den Wagen und ihren Platz. Sie verstaute schnell ihr Gepäck und verabschiedete sich rasch, da der D-Zug nur wenige Minuten Aufenthalt. . . .

Als Hella an das offene Fenster des Ganges trat, um zum Abschied zuzuwinken, sah sie, wie dieser sich in einer Auseinandersetzung auf einen der herumstehenden Herren bewegte. Gleich darauf entstand ein Tumult, sie bemerkte wie Eick einem der Männer, sie erkannte nicht, wem, heftig Gesicht schlug — dann setzte sich der Zug in Bewegung. . . .

Hella rief und winkte ihm zum Abschied, doch sie konnte der Dunkelheit und bei der rasch zunehmenden Entfernung deutliches Bild mehr unterscheiden. . . .

Bestürzt und erblöt begab Hella sich in ihr Abteil, da mit einer schlaftrunkenen, mürrischen, alten Dame teilte nach einem kurzen vorwurfsvollen Augenaufschlag bald in ihren durch Hella's Eintritt unterbrochenen Schlummer zurück. . . .

Bitternd suchte sie sich einen Eckplatz auf der and Seite, vor Verwirrung kaum eines Gedanken mächtig. Sie in einer peinigenden, erblöteten, aufgewühlten Stimmung. . . .

Aber in dem Schweigen der Stunde, in diesem von dem gelbenden Licht nur spärlich erleuchteten engen Raum, bei gleichmäßiger Bewegung und dem eintönigen rhythmischen Rausch des schnell dahintrollenden Ruges fand sie allmählich gewohnte besinnliche Ruhe wieder. . . .

Wie ihre stille Meisegefühle machte auch sie es sich bequem mit Kissen und Decke, streckte und überdachte die merkwürdigen Erlebnisse dieses Tages. Wie war sie in diese Unerquicklichkeiten hineingeraten? . . .

Alles war Karl Eick wegen geschehen — jodelt stand je falls fest. . . .

Was aber bedeutete ihr im Grunde dieser Mann? Eigentlich doch herzlich wenig. . . .

Der Spielgefährte und Kametod aus der Kinderzeit — Bild verblahte, jetzt umgab sie Gegenwart, in diesem Hinblick mußte sie nicht einmal, ob er verheiratet oder ledig sei, gehörte einer anderen Welt an. . . .

Aber die Situation im Gerichtssaal, dann der Vorgang Justizrat Zernid, die Szene im Hotel Bauer, die ganze Atmosphäre dieser engen, phyllsterhaften Stadt, das alles zum Widerspruch gereizt, Mißbilligkeiten hervorgerufen. . . .

fühlte sich herausgefordert und nahm die Herausforderung wollte in ehrlichem Trost diesen unausstehlichen Geistes unbefangene, vorurteilslose, freie Persönlichkeit, ihr Wenig entgegengehen. An Karl Eick, beileibe, lag ihr nicht viel. . . .

Sie war ihm zwar aus alter Freundschaft in seiner Not gesprungen, hatte offen Partei für ihn genommen, ihn vielle vor Schlimmem bewahrt — und mußte leider nun doch wieder die Ursache neuer Verwicklungen für ihn werden. Der arme Mann — aber was würde nun die weitere Folge sein? . . .

Ein neuer Prozeß, eine neue Gerichtsverhandlung und wahrlich eine neue Zeugenschaft für sie: das ließen sich diese lästigen Kleinigkeiten gewiß nicht nehmen. Welch ein Aufsehen, wese Skandal wird das geben, Hella Gebrste im Mittelpunkt. . . .

Mißäre — wese eine pikante Abwechslung in dem öden Da des Nestes. . . .

Just das Gegenteil von alledem hatte sie erstrebt. Sie h sich lösen wollen, da ward ein neues sonderbares Band knüpft, sie trachtete schließlich zu nehmen für immer — und wü nun in kurzer Zeit nachmals die Reise machen müssen nach d Ort, den sie zwölf Jahre nicht betreten. Sollte das ihre Str die gerechte Sühne ihrer Schuld, die Rache der Heimat sein? . . .

(Fortsetzung folgt.)

## Literarisches.

Kunst und Kultur von Peru, von Max Schmidt. Leiter der amerikanischen Abteilung des Museums für Völkerkunde in Berlin. Professor für Ethnologie an der Universität Berlin, mit 820 zum farbigen Abbildungen. Der Propyläen-Verlag, Berlin S V im Ulsteinhaus. Das Werk umfaßt 122 Seiten Text, 460 Seiten Abbildung 18 farbige Tafeln, und kostet in Halbbänden 55 RM, in Halbbänden 60 RM. Das Buch ist eine wissenschaftliche Arbeit, die mit Sorgfalt, Liebe, Ausdauer zustandekam, und in dem ein Forscher Schätze zusammengetragen, uns Kunde geben von einem Land, das kunstgewerblich den Höchststadium der Völker des Ostens gleichkommt. Peru, das Ueberbleibsel des großen Inkareiches an der Küste des Stillen Ozeans, ist die Fundstätte alter Kultur und Kunstgegenstände, wie sie uns in Mengen in dem Werk von Schmidt in den 820 Abbildungen gezeigt werden. Das ehemalige Inkareich hat sich klimatische Verhältnisse, so daß viel von den seinerzeitigen Kunst-, K- und Gebrauchsgegenständen unserer Zeit erhalten blieben, besonders keramische und Textilien. Im Jahre 1531 wurde das Inkareich von den Spaniern erobert und vernichtet. Eroberung und Krieg brachte also eine hochstehe Kulturperiode zum Stillstand und rebot einer Entwicklung halt, die wir heute mit Staunen bewundern. Der Verfasser gibt uns in reichem Maße in d Buch Aufschluß über das sagenhafte Land, die Lebensnotwendigkeiten, materielle und soziale Wirtschaft, die geistige Kultur, und zeigt an Hand der Abbildungen die Schönheit, die Bewunderung erregen. Unter den Abbildungen sind zu sehen kunstgewerbliche Arbeiten des Töpferwerkes, ausgeprägten Schönheitsinstin und tüchtigen Können verraten in der Gestaltung wie in der Dekoration, ferner Gold- und Silbergeschmücken, Becher, Ur Schalen und sonstige Geräte, Holzschnitzereien, Knochnesschnitzereien, Steinarbeiten, Ketten- und Schmucksachen, Gewebe, Mumien; alle verschütt gewesene und wieder ausgegrabene Kulturstätten, die Kenntnis geben v der Bautechnik jener Zeit, ihrem Reichtum, ihrer Prachtentfaltung und d Stand ihrer Landesverteilung. Der Band ist ein Prachtwerk, der o Bänden der Propyläen-Kunstgeschichte entspricht und dem Verlag wieder a Ehre macht. Die Studien von Jahrzehnten von Professor Schmidt sind da zusammengefaßt. Die abgebildeten Gegenstände entstammen in der Haussache der an peruanischen Altertümern reichsten Sammlung der Welt Berliner Völkerkunde-Museum. — Das Buch wird Künstlern, Sammlern u Freunden gute Anregung geben. . . .

Ein Kumpel. Von Steiger Georg Werner. 192 Seiten mit 5 Bilde G e w e r k s c h a f t s a u s g a b e. Verlagsgesellschaft des Allgemei Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6 a. Preis Ganzleinen 3.50 RM. — Der Verfasser behandelt in dem Buch das Problem des Wertes demokratischer Zusammenarbeit von Vorgesetzten und Arbeit im Betrieb und schöpft bei diesem Thema aus seinen reichen persönlichen Erfahrungen als Bergmann und Steiger. Er schildert die Verhältnisse Bergbau und die der Bochumer Bergschule, wo sich die Gegensätze zwischen den Anhängern anständiger Menschenbehandlung und denen des sogenannten Stinnesystems zeigen, so spannend, daß man das Buchlein nicht eher a der Hand legen kann, bis es zu Ende gelesen ist. Es enthält aber auch eine Stärke, weil das Ringen eines Arbeiterkindes nach Wissen und Bildu unter so schwierigen Umständen so klar gekennzeichnet ist, daß man sich Freude daran haben kann. Das war auch in den gleichen Zeiten bei ein Anzahl Gewerkschafts- und Parteiführer der Fall, daß sie nach schwer Arbeit noch ihre Wissenschaften in den Nächten ausfüllten, damit sie d Arbeiterschaft und der Menschheit dienen konnten. Dem Buch ist wahrli bester Erfolg zu wünschen. . . .

„Volksgesundheit“ (Oktoberheft), Monatsschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform, Freikörperkultur, mit dem ständigen Beilblatt „D Kleinräuber“. Herausgeber: V. d. Volksgesundheits E. V. (Sozialistischer Zentralorganisation), Dresden-A 1, Marienstraße 13, Schließfach 263. Bezug 1.60 RM im Vierteljahr. Einzelheft 60 Pf. Von der „Volksgesundheits erscheinung jetzt eine reichlich illustrierte Kunstdruckausgabe. Das net Gewand weckt Freude am Lesen. So ist die „Volksgesundheits“ ein gut Beirat in allen gesundheitlichen Fragen. Gesunde und Kräfte will sie e eine vernünftige Lebensweise gewinnen. Als wichtigste Aufgabe gilt ihr d Erziehung zur Gesundheit und die Kräftigung der Menschen für den tägliche Daseinskampf. Sie ist von sämtlichen hiesigerichteten Buchhandlungen od direkt vom Herausgeber zu beziehen. . . .

Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Die Bücher d vierten Quartals 1929 sind: Pelle der Eroberer, von M. A. Nexo, 6 RM. Urwelt, von Dr. O. Hauser, Mit vielen Bildern, 3 RM. Die weiße Ros Von B. Traven, 3 RM. Vom Märchenbaum der Welt, Reich illustriert 3 RM. Nur Fleisch, Erzählungen von Jack London, 3 RM. Im Strom d Zeit, Ein Band Gedichte von Ernst Preccanz, 3 RM. . . .

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Die interessante September- Nummer der „Gesundheit“ ist reich illustriert und bringt eine Anzahl wissenschaftlicher Abhandlungen. Die „Gesundheit“ muß von allen Berufs tätigen gelesen werden. Sie wird an den Schaltern der Krankenkassen kostenlos ausgehändigt. . . .